

#berlinbessermachen

POSITIONEN

des Paritätischen Wohlfahrtsverbands Berlin
für ein soziales Berlin



Wir nutzen eine Genderschreibweise, die auch Barrierefreiheit und eine gute Lesbarkeit ermöglichen soll. Die Bezeichnung von Personengruppen schließt sowohl männliche, weibliche, nicht-binäre als auch lesbische, schwule, bisexuelle sowie trans- und intergeschlechtliche Menschen (LSBTIQ) explizit mit ein.

Wir wollen #berlinbessermachen – gemeinsam mit Ihnen!

Sehr geehrte Damen und Herren,

wie kann es gelingen, dass Berlin sozial bleibt – ein lebenswerter Ort für alle, die dort wohnen? Eine Stadt, die der Vielfalt und den unterschiedlichsten Lebensentwürfen ihrer Bürgerinnen und Bürger gerecht wird. Eine Stadt, die Raum bietet für Menschen, die Unterstützung brauchen. Und die Menschen befähigt, sich selbst zu helfen und für sich selbst zu sprechen.

Wir sind überzeugt, das kann nur gemeinsam gelingen, wenn wir mit Politik, Verwaltung, Verbänden und sozialen Trägern an einem Strang ziehen und gemeinsam auf das Ziel hinarbeiten: #berlinbessermachen.



Als Vertreterinnen und Vertreter der Berliner Politik und Verwaltung haben Sie Mitverantwortung für das Wohlergehen der Berlinerinnen und Berliner übernommen. Mit dieser Broschüre möchten wir Sie bei Ihrer Arbeit für Berlin unterstützen. Wir bieten Expertise für die vielfältigen Themen, die die Bürgerinnen und Bürger bewegen – Pflege und ältere Menschen, Teilhabe und Inklusion, Kinderbetreuung, Bildung, Jugendhilfe, Familien, Flucht und Migration, zivilgesellschaftliches Engagement und vieles mehr. Wir laden Sie herzlich ein, diese Erfahrungen und dieses Wissen für Ihre Arbeit zu nutzen und gemeinsam mit uns an den Herausforderungen dieser Stadt zu arbeiten.

Der Paritätische Wohlfahrtsverband Berlin vertritt über 800 Mitgliedsorganisationen – von kleinen Vereinen bis hin zu großen Sozialverbänden. Alle unsere Mitglieder setzen sich dafür ein, Berlin zu einem sozialeren Ort zu machen. Gerade in der Coronakrise haben unsere Mitgliedsorganisationen besondere Stärke bewiesen. Unter schwierigen Bedingungen haben die Mitarbeitenden in Stadtteilzentren, in den Pflegeeinrichtungen, in den Einrichtungen für Kinder, für Jugendliche und für Menschen in schwierigen Lebenslagen ihre Angebote aufrechterhalten und weitergeführt. Ob in Krisenzeiten oder im „normalen“ Alltag: Wir sind systemrelevant und wünschen uns, dass diese Leistungen der sozialen Arbeit von den politischen Verantwortlichen wahrgenommen und vor allem spürbar wertgeschätzt werden.

Für ihre gesellschaftlich wichtigen Aufgaben brauchen soziale Organisationen gute Rahmenbedingungen und starke Partner. Trotzdem kämpfen immer wieder einzelne Einrichtungen und Angebote um ihr Fortbestehen. Es fehlt vielerorts eine auskömmliche nachhaltige Finanzierung, um soziale Arbeit zu sichern und bedarfsgerechte Versorgungsstrukturen zu ermöglichen.

Auf den kommenden Seiten finden Sie zunächst unsere Positionen dafür. Danach folgen die zahlreichen Themenbereiche der sozialen Arbeit und der Pflege. Für jeden Bereich fassen wir zusammen, wie aus unserer Sicht die aktuelle Lage ist, welche Angebote der Paritätische und seine Mitglieder machen, und was es jeweils für Sie, in Politik und Verwaltung, im Senat und den Bezirken, zu tun gibt. Lassen Sie sich von unseren Vorschlägen bei Ihrer Arbeit begleiten! Wir stehen gern für persönliche Gespräche zur Verfügung – die Kontaktdaten der Ansprechpersonen beim Paritätischen finden Sie jeweils direkt neben den Forderungen.

Packen wir es gemeinsam an – lassen Sie uns #berlinbessermachen!



Dr. Gabriele Schlimper,
Geschäftsführerin des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes Berlin

Zukunft
für Familien,
Kinder und
Jugendliche
schaffen!

Zivil-
gesellschaft
und **freiwilliges**
Engagement
stärken!

Seelische
und **körperliche**
Gesundheit
gewährleisten!

Eine
vielfältige
und offene
Gesellschaft
ermöglichen!

Berlin als
Lebensort
für **alle**
sichern!

Interessen
älterer
und **pflege-**
bedürftiger
Menschen
durchsetzen!

Gute
Rahmen-
bedingungen
für die **soziale**
Arbeit
schaffen!

Innovation
und
Digitalisierung
in der **sozialen**
Arbeit
fördern!

Was braucht das soziale Berlin?

 **Zukunft für Familien, Kinder und Jugendliche schaffen!**

- Nachhaltige Sicherung von Prävention und Hilfen zur Erziehung
- Mehr Chancengleichheit im Bildungsbereich
- Ausbau von Kitaplätzen und verbesserter Betreuungsschlüssel
- Ausgleich von Folgen der Corona-Pandemie für Familien, Kinder und Jugendliche über zusätzliche Investitionen
- Bessere Unterstützung von Familien in ihren vielfältigen Lebenssituationen
- Ausbau von Maßnahmen des Gewaltschutzes, wie Zufluchtshäuser und Beratungsangebote

 **Zivilgesellschaft und freiwilliges Engagement stärken!**

- Schaffung und Ausbau von Räumen für Stadtteilarbeit und zugehörige Projekte
- Anerkennung und finanzielle Entlastung von Engagierten z. B. durch Erstattung von Fahrtkosten ermöglichen
- Anerkennung und finanzielle Förderung von Freiwilligenkoordination
- Mehr Anerkennung und Unterstützung für Strukturen der Selbsthilfe

 **Eine vielfältige und offene Gesellschaft ermöglichen!**

- Schneller Zugang zum Arbeitsmarkt für Menschen mit Migrationsgeschichte
- Entschiedener Einsatz gegen Diskriminierung und Rassismus
- Stärkung und Sicherstellung der Beratungsangebote für Menschen mit Migrationsgeschichte
- Stärkere Sichtbarkeit für queere Menschen und alternative Lebenskonzepte im öffentlichen Raum und der Verwaltung

 **Interessen älterer und pflegebedürftiger Menschen durchsetzen!**

- Mehr und leichtere seniorenpolitische Mitwirkung
- Mehr Lebensqualität für pflegebedürftigen Menschen durch Selbstbestimmung und soziale Teilhabe
- Mehr Zeit für Pflege! Dem Fachkräftemangel über bessere Arbeitsbedingungen und leichtere Zugänge entgegenwirken

 **Seelische und körperliche Gesundheit gewährleisten!**

- Passgerechte Angebote für Menschen mit chronischen Erkrankungen und ihre Angehörige
- Keine Gesundheit ohne seelische Gesundheit – Soziale Psychiatrie als zentraler Baustein der Berliner Gesundheitsversorgung
- Ausbau der Suchtberatung und -therapie sowie Angebote für suchtbelastete Familien

 **Berlin als Lebensort für alle sichern!**

- Ausreichend bezahlbarer Wohnraum und eingedämmte Mietpreise
- Keine Verdrängung an den Stadtrand von Menschen in schwierigen Lebenslagen
- Stärkung von gesellschaftlicher Teilhabe und Inklusion

 **Innovation und Digitalisierung in der sozialen Arbeit fördern!**

- Gesicherte Zuwendungen für innovative Projekte
- Finanzierung für barrierefreie digitale Infrastruktur, um digitale Teilhabe zu ermöglichen
- Mehr Planungssicherheit und weniger Bürokratie für zuwendungsgeförderte Projekte

 **Gute Rahmenbedingungen für die soziale Arbeit schaffen!**

- Faire Refinanzierung der sozialen Arbeit
- Anerkennung der sozialen Arbeit als systemrelevante Leistung!

#berlinbessermachen



#berlinbessermachen

Themenfelder	
Ältere Menschen und Pflege	10 Ältere Menschen und Altenhilfe
	10 Ambulante Pflege
	12 Stationäre und teilstationäre Pflege
	12 Qualitätsmanagement in der Pflege
Arbeit und Beschäftigung	14 Arbeit und Beschäftigung
Familie, Kinder und Jugendliche	16 Hilfen zur Erziehung und Jugendarbeit
	18 Kindertagesbetreuung
	18 Schulbezogene Jugendhilfe
	20 Schule
	22 Familie
	24 Frauen
Frauen	24 Frauen
Freiwilliges Engagement	24 Freiwilliges Engagement
	26 Gesundheitsförderung
Gesundheit	26 Hilfe bei HIV/Aids, STI und Hepatitiden
	28 Hospize
	28 Soziale Psychiatrie
	30 Suchthilfe, Suchtprävention, Sucht-Selbsthilfe
	32 Innovation und Wirkung
Innovation, Wirkung und Digitalisierung	32 Digitalisierung
	34 Gewaltschutz
Menschen in Notlagen	34 Opferhilfe
	36 Schuldner- und allgemeine Sozialberatung
	36 Straffälligenhilfe
	38 Wohnungsnotfallhilfe und Wohnungspolitik
	40 Eingliederungshilfe
	42 Teilhabe von Menschen mit Behinderungen
Menschen mit Behinderungen	44 Migration
	44 Queere Lebensweisen
Migration	44 Migration
Queere Lebensweisen	44 Queere Lebensweisen
Selbsthilfe	46 Selbsthilfe
Stadtteilarbeit	46 Stadtteilarbeit
Zuwendungspraxis	48 Vereinfachung der Zuwendungspraxis

Ein „Gutes-Altern-Gesetz“ für Berlin – für ältere Menschen mit älteren Menschen

? WIE IST DIE LAGE?

Altenhilfe, Prävention und weitmöglichste Selbständigkeit und Selbstbestimmung im Alter liegen in vielen Verantwortlichkeiten und sind oft nicht dauerhaft sichergestellt.

Die seniorenpolitische Mitwirkung und Gremienarbeit wird durch komplizierte Strukturvorgaben unnötig erschwert.

+ WAS TUN WIR?

→ Die Fachgruppe Ältere Menschen des Paritätischen setzt sich gemeinsam mit dem Landesseniorenbeirat für ein „Gutes-Altern-Gesetz“ in Berlin ein.

→ Die Fachgruppe Ältere Menschen und die vielen Engagierten aus den Seniorenorganisationen bilden die verlässliche Grundlage der seniorenpolitischen Mitwirkung im Land Berlin.

! WAS FORDERN WIR?

→ Ein „Gutes-Altern-Gesetz“ – ein Altenhilfestrukturegesetz gemäß § 71 SGB XII für das Land Berlin – das verbindlich die Belange älterer Menschen in allen Bereichen der Stadtpolitik berücksichtigt und stärkt

→ Klarere und verbindliche Strukturen im Berliner Seniorenmitwirkungsgesetz, um seniorenpolitische Mitwirkung einfacher und vor allem sichtbarer sicherzustellen

• KONTAKT

Ältere Menschen und Altenhilfe

Dr. Oliver Zobel
Telefon: 030 860 01-501
zobel@paritaet-berlin.de

Ambulante Pflege

Mehr Zeit für pflegebedürftige Menschen, mehr Geld für die Pflege

? WIE IST DIE LAGE?

Es fehlt an Zeit für die Pflege und für die pflegebedürftigen Menschen.

Pflegekräfte werden nicht ausreichend bezahlt.

+ WAS TUN WIR?

→ Verhandlungen mit den Krankenkassen mit dem Ziel einer neuen Systematik
→ Sondierungen mit dem Senat zu den Inhalten der Pflege bei der Zeitvergütung und den Leistungskomplexen
→ Fachliche Beratung über den Liga-Fachausschuss

→ Schulungen und Unterstützung bei der Durchführung von Einzelverhandlungen zur Angleichung der Gehälter an die Tarifverträge
→ Arbeit an einer Paritätische Tarifvertragsgestaltung und Verhandlungen mit Verdi

! WAS FORDERN WIR?

→ Auch Menschen, die Sozialhilfe (Hilfe zur Pflege) empfangen, müssen mehr Pflege erhalten und nicht nur satt und sauber sein.
→ Das Recht auf jeden Tag frisch gekochtes Essen
→ Auch Gespräche müssen möglich sein und bezahlt werden.
→ Vereinsamung der Pflegebedürftigen durch Gespräche und gemeinsame Aktivitäten vorbeugen

→ Absicherung der vollen Personalkosten in den Vergütungen
→ Eine finanziell bessere Berücksichtigung der Dienste zu ungünstigen Zeiten

• KONTAKT

Ambulante Pflege

Dr. Christiane Panka
Telefon: 030 860 01-502
panka@paritaet-berlin.de



Bessere Arbeitsbedingungen in der Pflege und Alltagsbegleitung

? WIE IST DIE LAGE?

Die Investitionskosten für die Pflegeinfrastruktur steigen stark. Die in Berlin akzeptierten Investitionskosten für die Pflegeheime ermöglichen nur rund 60 Prozent der tatsächlichen Baukosten.

Die Pflege steckt im Dilemma aus hohen fachlichen Anforderungen an die Ausbildung, einem Beruf mit geringem Prestige und einem stetig wachsenden Bedarf an Pflegekräften aller Qualifikationsniveaus.

Das Pflegefachassistenzgesetz wurde kurz vor Ende der Legislatur beschlossen und ist nicht ausreichend mit der Praxis der Ausbildungsbetriebe abgestimmt.

+ WAS TUN WIR?

→ Wir machen uns stark für die Sicherstellung der Pflegeinfrastruktur und als ersten Schritt für die Aufstockung der Investitionskosten.

→ Wir setzen uns ein für die Überarbeitung aller Umsetzungsgesetze des Pflegeberufgesetzes in Berlin, einschließlich des Pflegeausbildungsfonds mit dem Ziel, Ausbildungszugänge nicht nur über Kampagnen, sondern über die Ausbildungsbetriebe zu ermöglichen.

→ Wir setzen uns ein für eine Landesförderung der Ausbildung zur Pflegefachassistenz sowie für die Überarbeitung des neuen Pflegefachassistenzgesetzes und der zugehörigen Verordnungen. Ziel ist, mehr Menschen für eine Ausbildung in Pflegeberufen zu motivieren und Ausbildungszugänge über die Träger der Ausbildung zu ermöglichen.

! WAS FORDERN WIR?

→ Ein neuer Landespflegeplan für Berlin sollte sowohl Versorgungslücken als auch Investitionsplanungen vorsehen.

→ Die formalen Anforderungen an die Ausbildung zur Pflegefachfrau/ zum Pflegefachmann (dreijährig) sind für Ausbildungsbetriebe hoch und unpraktisch. Mit den Erfahrungen der ersten zwei Ausbildungsjahre sollte mit den Trägern der praktischen Ausbildung die Umsetzung des Bundesgesetzes überprüft und korrigiert werden.

→ Insbesondere der Einstieg, die Ausbildungsdauer und die Anerkennung müssen zeitnah überprüft werden.
→ Die Kosten der Ausbildung zukünftiger Pflegekräfte dürfen nicht allein von den älteren pflegebedürftigen Menschen bezahlt werden.

• KONTAKT

Stationäre und teilstationäre Pflege

Dr. Oliver Zobel
Telefon: 030 860 01-501
zobel@paritaet-berlin.de

Qualitätsmanagement in der Pflege

Mehr Lebensqualität für pflegebedürftige Menschen und Weiterbildung für Mitarbeitende

? WIE IST DIE LAGE?

Selbstbestimmung und soziale Teilhabe von Pflegebedürftigen sind wesentliche Voraussetzungen für Lebensqualität. Gerade in Zeiten der Pandemie lässt der notwendige Gesundheitsschutz dafür wenig Raum.

Der Druck auf das Pflegepersonal wächst stetig an durch überbordende Dokumentationen und sich ändernde fachliche und rechtliche Anforderungen.

+ WAS TUN WIR?

→ Der Paritätische setzt sich dafür ein, dass die Menschen, die in unseren Mitgliedseinrichtungen gepflegt, betreut und begleitet werden, mündig und selbstbestimmt leben.
→ Wir unterstützen die Verantwortlichen bei der Umsetzung durch Erstellung von Hygiene- und Besuchskonzepten.
→ Der Paritätische setzt sich für Lösungsstrategien unter Einbeziehung aller Beteiligten ein.

→ Das Qualitätsmanagement des Paritätischen bietet kompakte, niedrigschwellige und praxisnahe Informations- und Schulungsangebote
- zu pflegefachlichen Themen
- zu gesetzlichen Vorgaben
- zur Entbürokratisierung mit dem Strukturmodell.
→ Der Paritätische fördert zudem den Austausch der Mitgliedseinrichtungen zu speziellen Themen durch regelmäßige, moderierte Treffen.

! WAS FORDERN WIR?

→ Es gilt, die Balance zu schaffen zwischen dem Schutz vulnerabler Gruppen auf der einen Seite und der Vermeidung von Isolation sowie Wahrung größtmöglicher Selbstbestimmung auf der anderen Seite.
→ Gesetzlich verordnete Besuchsverbote beziehungsweise -einschränkungen müssen dies berücksichtigen und sorgsam abgewogen sein.

→ Um gute und qualitativ hochwertige Pflege leisten zu können, bedarf es vielfältiger Weiterbildungsmöglichkeiten für Pflegekräfte zu den gesetzlichen Vorgaben, neuesten pflegefachlichen Erkenntnissen und zur als belastend empfundenen Dokumentation.
→ Pflege braucht nicht nur Herz, sondern auch Verstand.

• KONTAKT

Qualitätsmanagement in der Pflege

Eva-Maria Riegel
Telefon: 030 860 01-503
riegel@paritaet-berlin.de

Verstetigung und Ausweitung der Qualifizierungs- und Beschäftigungsangebote für Langzeitarbeitslose

? WIE IST DIE LAGE?

Es gibt zu wenig öffentlich geförderte Beschäftigung und dadurch eingeschränkte Teilhabemöglichkeiten für Langzeitarbeitslose.

Es fehlt an Möglichkeiten der digitalen Teilhabe und deren Finanzierung.

Fachkräftegewinnung für die Sozialwirtschaft wird noch nicht ausreichend als gesellschaftliche Aufgabe anerkannt.

+ WAS TUN WIR?

- Der Paritätische Berlin wirkt in zwölf Berliner Jobcenter-Beiräten mit und setzt sich für die Stärkung der Teilhabe von langzeitarbeitslosen Menschen ein.
- Wir unterstützen eine Berliner Strategie gegen Langzeitarbeitslosigkeit, bei der Agenturen, Jobcenter, Senatsverwaltung und Träger gemeinsam an Förderketten für Betroffene arbeiten.

- Unsere Mitglieder entwickeln niedrigschwellige Bildungsformate.
- Sie bieten dezentrale, sozialräumliche Lernorte, zum Beispiel in Stadtteilzentren.

- Unsere Mitgliedsorganisationen sind Lernstätten für Theorie und Praxis.

! WAS FORDERN WIR?

- Das Jobcenterinstrument Teilhabe am Arbeitsmarkt muss entfristet und der Lohnkostenzuschuss kofinanziert werden.
- Stellen von Anleitenden sowie sozialarbeiterischer und psychosozialer Begleitung brauchen eine feste Finanzierung.
- Ein Mindestanteil an Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung (AGH-MAE) am Anteil der Jobcenterinstrumente muss gesichert werden.
- Die digitale Kompetenz von Langzeitarbeitslosen zu fördern, sollte in allen SGB II-Instrumenten verankert werden.
- Multilinguale, digitale Angebote für Menschen, die Grundsicherung empfangen, und Menschen mit Beeinträchtigung müssen gefördert werden.
- Zugangsmöglichkeiten zur dualen Ausbildung für definierte Personengruppen mittels Zuwendungen müssen erhöht werden.
- Die Jobcenter-Förderung für schulische Ausbildungen in sozialwirtschaftlichen Berufen muss eingeführt werden.
- Innovative Angebote für den Quereinstieg müssen anerkannt und gefördert werden.

• KONTAKT

Arbeit und Beschäftigung

Anika Haußner
Telefon: 030 860 01-617
haussner@paritaet-berlin.de

Markus Pleyer
Telefon: 030 860 01-623
pleyer@paritaet-berlin.de



Prävention und Hilfen zur Erziehung nachhaltig unterstützen, um steigende Fallzahlen abzufedern

? WIE IST DIE LAGE?

Bei den Hilfen zur Erziehung steigen die Fallzahlen kontinuierlich. Dies ist zurückzuführen auf Bevölkerungswachstum, eine höhere Zahl Alleinerziehender, ein zunehmendes Armutsrisiko, einen Anstieg von Gewalt an Kindern sowie Flucht und Migration.

Nach der Haushaltsnotlage von 2003 bis 2006 muss der Berliner Rahmenvertrag Jugendhilfe dringend weiterentwickelt werden – insbesondere im Zusammenhang mit der jüngsten Reform des Kinder- und Jugendhilfegesetzes.

Die zunehmende Gewalt an Kindern und der Anstieg psychischer Belastungen stellen das Berufsfeld Hilfen zur Erziehung vor große Herausforderungen auch hinsichtlich des Fachkräftemangels.

Das Jugendförder- und Beteiligungsgesetz hat dringend benötigte Mindeststandards in die Kinder- und Jugendarbeit in Berlin gebracht. Die Corona-Pandemie hat verdeutlicht: Das reicht noch nicht!

Die Kinder- und Jugendarbeit ist ein elementarer Bestandteil der sozialen Infrastruktur Berlins, und trotzdem kämpfen immer wieder einzelne Einrichtungen um ihr Fortbestehen.

In allen Berliner Bezirken werden unterschiedliche Zuwendungs- oder Vertragsbedingungen angewendet. Dies verursacht Intransparenz, eine geringe Vergleichbarkeit zwischen den Bezirken und einen enormen bürokratischen Aufwand für freie Träger.

+ WAS TUN WIR?

- Der Paritätische Berlin unterstützt einen bezirks- und bereichsübergreifenden Fachdiskurs der freien Träger, um diesen eine vorausschauende Planung zu ermöglichen.
- Die freien Träger der Jugendhilfe bieten mit ihren offenen Angeboten und den Angeboten der Hilfen zur Erziehung präventive Möglichkeiten und Schutzräume in Gewaltsituationen. Zudem stärken sie Familien in ihrer Erziehungskompetenz.

- Wir bündeln weitreichende Expertise im Bereich des Kinder- und Jugendhilfegesetzes (SGB VIII) und des Berliner Rahmenvertrags Jugendhilfe.
- Wir entwickeln in Zusammenarbeit mit den freien Trägern der Jugendhilfe, Juristinnen, Unternehmensberatern sowie BWL- und IT-Expertinnen umfangreiche Arbeitshilfen für die arbeitsrechtskonforme Personalplanung und Musterkalkulationen für die Berechnung von Entgelten.
- Fortbildungen zu den diversen Neuregelungen des Gesetzes zur Stärkung von Kindern und Jugendlichen werden durchgeführt.

- Die freien Träger der Jugendhilfe bieten Ausbildungs- und Praktikumsstellen für angehende Fachkräfte an, die jedoch nicht refinanziert werden.
- Im Rahmen des Paritätischen Jugendhilfeforums wird jährlich ein bedarfsgerechtes und weitreichendes Fort- und Weiterbildungsangebot für Fachkräfte in der Jugendhilfe aufgestellt.

- Die freien Träger der Kinder- und Jugendarbeit in Berlin verfügen über große Expertise im Bereich der Kinder- und Jugendbeteiligung und können konkrete Vorschläge machen, wie eine reale Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in Berlin aussehen kann.

- Die freien Träger der Kinder- und Jugendarbeit haben mit ihren Angeboten während der Covid-19-Pandemie einen existenziellen Beitrag für die Kinder und Jugendlichen Berlins geleistet.
- Ihre Expertise muss in die gesamtstädtische Planung einbezogen werden, insbesondere im Bereich der Sozialraumorientierung.

- Zusammen mit unseren Mitgliedsorganisationen haben wir die Broschüre *Entbürokratisierung der Zuwendungspraxis – Handlungsempfehlungen für eine wirkungsorientierte Zuwendungspraxis* entwickelt.

! WAS FORDERN WIR?

- Die Prävention und das bestehende System der Hilfen zur Erziehung (BRV Jug) müssen nachhaltig finanziell unterstützt werden, um diesen Fallzahlenanstieg und die gesellschaftlichen Entwicklungen abzufedern.
- Es braucht eine gesamtstädtische Jugendhilfeplanung (gemäß § 4 (2, 3) AG KJHG) unter Beteiligung der freien Jugendhilfe für ein bedarfsgerechtes und wirksames Leistungssystem in der Jugendhilfe.

- Der Berliner Rahmenvertrag Jugendhilfe muss strukturell und finanziell so gestärkt werden, dass Kinder und Jugendliche in prekären Situationen und Notlagen auch weiterhin bedarfsgerechte Hilfen erhalten.
- Der Rahmenvertrag muss dahingehend aktualisiert werden, dass die Rechte freier Träger und der Kinder und Jugendlichen nicht eingeschränkt werden, zum Beispiel im Hinblick auf das Arbeitszeitgesetz, den Kinderschutz sowie die Deckelung des Personals.
- Der Rahmenvertrag muss die verabschiedeten Verbesserungen im Rahmen der jüngsten Reform des Kinder- und Jugendhilfegesetzes berücksichtigen, zum Beispiel zur Inklusion und der Anhebung von Altersgrenzen.

- Das Land Berlin muss mehr in die Attraktivität des Berufsfeldes Jugendhilfe investieren und finanzielle Ressourcen für Anleitung und Praktikumsstellen bereitstellen.

- Der Fachstandard Qualität des Jugendförder- und Beteiligungsgesetzes muss dringend konsequent angewendet werden. Es reicht nicht, nur Angebote vorzuhalten, die durch ihre prekäre Ausstattung den Anforderungen von Kindern und Jugendlichen nicht annähernd gerecht werden.
- Wir brauchen mehr reale Beteiligung von Kindern- und Jugendlichen im Land Berlin. Die Corona-Pandemie hat verdeutlicht, wie wenig die Stimmen junger Menschen im Ernstfall zählen. Es braucht konkrete Pläne, wie Kinder und Jugendliche konsequent an politischen und gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen beteiligt werden.

- Es braucht eine verlässlichere soziale Infrastrukturplanung, die die Belange der Kinder und Jugendlichen berücksichtigt.

- Wir brauchen eine Entbürokratisierung der Kinder- und Jugendarbeit in den Berliner Bezirken. Das heißt transparentere Verfahren, Vereinheitlichungen, Vereinfachungen und eine Verwaltungskostenpauschale, die der Realität entspricht.

• KONTAKT

Hilfen zur Erziehung und Jugendarbeit

Anna Zagidullin
 Telefon: 030 860 01-162
 zagidullin@paritaet-berlin.de

Bedarfsgerechte Angebote schaffen, die Kita im Sozialraum vernetzen und die Qualität weiterentwickeln

? WIE IST DIE LAGE?

Jedes Kind hat ein Recht auf einen Kita-Platz. Es fehlt an bedarfsgerechten Angeboten für alle Kinder und Familien.

Die Kindertagesstätten brauchen Stärkung im Sozialraum. Die Teilhabe aller Kinder an der frühkindlichen Bildung ist nicht ausreichend gesichert.

Die Kita-Qualität muss weiterentwickelt werden. Es fehlt an guten Rahmenbedingungen für Kinder und Fachkräfte.

+ WAS TUN WIR?

- Wir beraten und unterstützen Kita-Träger bei Ausbauprojekten.
- Wir entwickeln Lösungen für eine zügige Abwicklung der Planungs- und Beantragungsverfahren.
- Wir fördern einen Austausch zu Erfahrungswissen und Kompetenzen rund um den Ausbau.

- Wir fördern die Zusammenarbeit aller Träger von Angeboten in einem Sozialraum.
- Wir entwickeln Konzepte gemeinsam bedarfsgerecht weiter.
- Wir bringen Kenntnisse und Erfahrungen über den Sozialraum ein und teilen sie miteinander.

- Wir entwickeln Konzepte für Qualifizierungsmaßnahmen.
- Wir fördern die Zusammenarbeit von Fachschulen und Praxisstellen.
- Wir beraten und begleiten Kitas bei der Gestaltung von neuen Konzeptionen.

! WAS FORDERN WIR?

- Wunsch- und Wahlrecht der Eltern wieder möglich machen
- Mehr Mittel für den Kita-Platzausbau bereitstellen
- Im Bestand gefährdete Plätze mit Sanierungsmitteln erhalten
- Antragsverfahren für Förderung und Bau vereinfachen und verkürzen

- Soziale Brennpunktlagen bei der Mittelvergabe berücksichtigen
- Pädagogische Zeit in die Bildungs- und Erziehungspartnerschaft mit Eltern investieren
- Familienentlastende und familienunterstützende Angebote im Sozialraum besser miteinander vernetzen

- Fachkraft-Kind-Schlüssel stufenweise verbessern
- Ressourcen für Kinder mit individuellen Bedarfen ausweiten
- Qualifizierungsmöglichkeiten für Fachkräfte ausbauen
- Fachberatung strukturell im Kita-System verankern

● KONTAKT

Kindertagesbetreuung

Sabine Radtke
Telefon: 030 860 01-178
radtke@paritaet-berlin.de

Dorothee Thielen
Telefon: 030 860 01-179
thielen@paritaet-berlin.de

André Borgmann
Telefon: 030 860 01-174
borgmann@paritaet-berlin.de

Schulbezogene Jugendhilfe

Personalschlüssel erhöhen, Raumsituation verbessern und Folgen der Corona-Pandemie aufarbeiten

? WIE IST DIE LAGE?

Erzieherinnen und Erzieher an Berliner Schulen haben zu wenig Zeit für die Gestaltung vielfältiger Bildungsangebote, für persönliche Begleitung und Unterstützung, für Eltern und vieles mehr. Dafür reicht die derzeitige Personalausstattung nicht aus.

In der Pandemie haben die Belastungen aller jungen Menschen stark zugenommen. Schülerinnen und Schüler, Lehrkräfte und Eltern erhalten hier Unterstützung durch die Jugendsozialarbeit. Diese steht vor der Herausforderung, aktuell entstandene Härten und Verletzungen von Kindern und Jugendlichen unverzüglich aufzuarbeiten.

+ WAS TUN WIR?

- Unter Einbindung der Kinder und ihrer Interessen entwickeln Erzieher und Erzieherinnen der Jugendhilfeträger pädagogische Konzepte mit Lern- und Frei-Zeiten. Dabei beziehen sie das gesamte pädagogische Kollegium mit ein.
- Der beständige Austausch mit Eltern unterstützt den Bildungserfolg der Kinder und gibt Einblick in ihre Lebenswelten.

- Jugendsozialarbeit gibt niemanden auf, „holt“ Schülerinnen und Schüler sensibel in ihrer Lebenssituation ab und sichert auch in Krisen (Pandemie) verlässlich den Kontakt, zum Beispiel aufsuchend zu Hause, telefonisch und/oder auch digital.
- Sozialarbeiter und Sozialarbeiterinnen helfen dabei, Unterstützungsbedarfe zu erkennen, beraten mit Lehrkräften über erforderliche Maßnahmen und vermitteln gegebenenfalls in weitere Beratungsangebote, zum Beispiel Krisendienste.
- Den Eltern stehen sie mit einem breiten Informations- und Beratungsangebot zur Seite.

! WAS FORDERN WIR?

- Der Paritätische fordert die Verbesserung der Personalausstattung, konkret die Anhebung des Personalschlüssels in Grundschulen von einer Erzieherin oder einem Erzieher zu 22 Schülerinnen und Schülern auf 1:15 im Offenen Ganztagsbereich (13.30 – 16.00 Uhr) und die Übertragung auf die Gebundene Ganztagsgrundschule.
- Die räumliche Situation an den Grundschulen muss dringend verbessert werden. Es braucht ausreichend Zeit für ein Mittagessen in entspannter Atmosphäre. Erfahrungsräume müssen über den ganzen Tag eröffnet werden.

- Das Landesprogramm Jugendsozialarbeit an Berliner Schulen ist sofort weiter auszubauen.
- Ausnahmslos alle Schulen, auch Schulen in freier Trägerschaft und Schulen mit Schulstationen, brauchen jetzt die hilfreiche Mitwirkung der Jugendsozialarbeit.
- Dabei muss die Mindestausstattung pro Standort von einer Vollzeitstelle Jugendsozialarbeit auf einen Stellenumfang von mindestens 2 Stellen erhöht und je nach Bedarf an der Schule weiter angepasst werden.

● KONTAKT

Schulbezogene Jugendhilfe

Elvira Kriebel
Telefon: 030 860 01-166
kriebel@paritaet-Berlin.de

Torsten Wischnewski-Ruschin
Telefon: 030 860 01-167
wischnewski-ruschin@paritaet-berlin.de

Landesprogramm Jugendsozialarbeit an Berliner Schulen

Elvira Kriebel
Telefon: 030 860 01-166
kriebel@paritaet-Berlin.de

Schulen in freier Trägerschaft planbar und auskömmlich finanzieren

? WIE IST DIE LAGE?

Die Schulen in freier Trägerschaft sind nicht auskömmlich und ausreichend planbar finanziert. Es besteht die Gefahr, dass Familien mit geringem Einkommen vom Besuch freier Schulen ausgeschlossen werden, wenn Elternbeiträge aufgrund der Unterfinanzierung ansteigen. Die gelebte Inklusion könnte so nicht erhalten und die dringend benötigten Ausbildungsplätze nicht gesichert werden.

+ WAS TUN WIR?

- Paritätische Mitgliedsorganisationen mit Schulen in freier Trägerschaft entwickeln multiprofessionelle Lernteams, die an den Interessen und den Ausgangslagen der Kinder orientiert sind, sowie differenzierte Konzepte für den Bildungs- und Lernerfolg der Kinder.
- Eltern, Verwandte und Freunde unterstützen die Schulen in freier Trägerschaft, um ihre Sachkosten, Gebäude und Grundstücke zu finanzieren. Familien mit geringem Einkommen wird der Schulbesuch finanziell ermöglicht.
- Schulen in freier Trägerschaft haben bereits im geringen Umfang Schulsozialarbeit selbst eingeführt.
- Die Fachschulen für Sozialpädagogik unserer Mitglieder erbringen eine Mehrleistung für die Ausbildung von Erzieherinnen und Erziehern. Sie stellen in der Ausbildung einen ständigen Theorie-Praxistransfer her.

! WAS FORDERN WIR?

- Die Ausstattung der Berliner Schulen sollte unabhängig von der Schulträgerschaft sein.
- Die Finanzierung der Schulen in freier Trägerschaft sollte alle Kosten berücksichtigen (Personalkosten, Inklusionskosten, Sachkosten, Gebäude- und Grundstückskosten und weitere Kosten).
- Sonderprogramme des Landes Berlin, wie die Schulsozialarbeit oder die Ausstattung mit Verwaltungsleitungen an den öffentlichen Schulen, sind auch an den Schulen in freier Trägerschaft einzurichten.
- Der Schulzuschuss beruflicher Schulen muss auch für Sachkosten verwendbar und abrechenbar sein.
- Die Fachschulen für Sozialpädagogik müssen in der Teilzeitausbildung zum Erzieher den Theorie-Praxistransfer finanziert bekommen.

• KONTAKT

Schule

Torsten Wischnewski-Ruschin
 Telefon: 030 860 01-167
 wischnewski-ruschin@paritaet-berlin.de



Gesundheit, Kinderbetreuung, Wohnen, Alleinerziehende: Familienförderung ganzheitlich denken

❓ WIE IST DIE LAGE?

Die Belastung von Alleinerziehenden ist durch die Pandemie stark gestiegen – und damit der Unterstützungsbedarf. Alleinerziehende mit geringem Einkommen haben immer weniger Chancen, bezahlbare Mietwohnungen zu finden.

Das Familienförderungsgesetz ist ein wichtiges Zeichen für die Stärkung von Angeboten für die etwa 350.000 Berliner Familien. Der geplante finanzielle Ausbau betrifft jedoch nur zwei der sechs Angebotsformen. Dabei stieg die Belastung der Familien durch die Pandemie stark an und damit der Bedarf nach passgenauer Unterstützung. Die Vielfalt der Berliner Familien, beispielsweise Alleinerziehende und Regenbogenfamilien, aber auch hinsichtlich Sprache und Kultur, ist durch die Angebote oft nicht abgebildet.

Die Familienpflege gewährleistet die Versorgung von Kindern in Notsituationen. Fällt das versorgende Elternteil aus, versorgen die Fachkräfte das Kind im häuslichen Umfeld. Die neuen Entgeltsätze des Senats bedeuten jedoch ein Minus für die Träger. Aktuell zahlen die Jugendämter aus eigenen Mitteln zu. Es droht eine Versorgungslücke für die Berliner Familien.

Familien von pflegebedürftigen Kindern sind auf ein barrierearmes Umfeld angewiesen, um die individuellen Herausforderungen ihres Alltages bewältigen zu können. Zudem braucht es ein belastbares Netzwerk an Unterstützungsangeboten, um die Familien entsprechend zu entlasten. Während der Pandemie waren viele Betroffene isoliert, Hilfen und Betreuung brachen ersatzlos weg und Kinder wurden zum Teil monatelang alleine zu Hause gepflegt.

+ WAS TUN WIR?

- Die Mitgliedsorganisationen im Bereich Alleinerziehende/Elternfamilien unterstützen Alleinerziehende mit ihren individuellen Beratungsangeboten.
- Sie unterstützen Jugendämter bei der Umsetzung spezieller Angebote der Kinderbetreuung.
- Die Träger bringen sich ein bei der Planung von Neubau und Vergabe von öffentlichem Wohnraum.

- Die Mitgliedsorganisationen mit Angeboten der Familienbildung beteiligten sich an Fachforen der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie zur Entwicklung des Familienförderungsgesetzes.
- Das Fachreferat Familie hat sich ebenfalls in den Erarbeitungsprozess des Gesetzes eingebracht und ist Mitglied in den Arbeitsgruppen und im Lenkungsgremium.
- Mitgliedsorganisationen und Fachreferat haben ein Positionspapier zum Stand des Familienförderungsgesetzes verfasst.

- Das Fachreferat hat der zuständigen Staatssekretärin sowie den Jugendamtsdirektorinnen und -direktoren der Bezirke in Schreiben die Problematik der aktuellen Situation dargelegt.
- Es wird eine Arbeitsgruppe aus Vertretenden des Senats, der Bezirke und Verbände angestrebt, um eine Lösung zu erzielen und eine Versorgungslücke zu vermeiden.

- Die Träger begleiten Familien beratend und arbeiten konstruktiv und vermittelnd mit Jugendämtern und Teilhabefachdiensten zusammen.
- Fälle, die Versorgungslücken deutlich machen, werden gesammelt und an entsprechende politische Gremien weitergegeben.

! WAS FORDERN WIR?

- Ausbau der Beratungsstrukturen für Alleinerziehende, ausgerichtet auf ihre individuellen Bedürfnisse, etwa zusätzliche Arbeitszeit für Social-Media-Präsenz und Online-Beratung
- Entlastung Alleinerziehender beispielsweise durch flexible Kinderbetreuung (wie im Bezirk Lichtenberg) in allen Berliner Bezirken
- Beteiligung von Alleinerziehenden-Verbänden bei der Planung von Neubau und der Vergabe von öffentlichem Wohnraum

- Die Angebote im Sozialraum wie bezirksübergreifende Familienberatung und Erholungsreisen müssen ausgebaut und dem wachsenden Bedarf der Berliner Familien angepasst werden.
- Für digitale Angebote werden zusätzliche Mittel benötigt. Dies ist aktuell nicht vorgesehen.
- Für die Weiterentwicklung des Familienförderungsgesetzes ist die Einbeziehung der Träger der Familienbildung in einem festgelegten Gremium notwendig.
- Ausbau mehrsprachiger und kulturell vielfältiger Familienangebote

- Die Reform des SGB VIII hat die Bedeutung der Leistung mit einem Rechtsanspruch gestärkt. Diese Stärkung muss nun von der Senatsverwaltung und den Bezirken in die Praxis umgesetzt werden, so dass Kinder in Notsituationen schneller und besser versorgt werden.

- Personeller Ausbau von Beratungs- und Entlastungsstrukturen auf bezirklicher Ebene, fachlich fundierte und serviceorientierte Auskünfte durch Teilhabefachdienste bezüglich der Möglichkeiten, die für Familien bereitgehalten werden
- Entlastung durch eine umfänglich angemessene Förderung und Betreuung mit individuellen Ansätzen

• KONTAKT

Familie

Astrid Lück
 Telefon: 030 860 01-230
 lueck@paritaet-berlin.de

Ausbau der Schwangerenkonfliktberatungsstellen und Präventionsangebote für Jugendliche

? WIE IST DIE LAGE?

In Berlin fehlt es an Schwangerenkonfliktberatungsstellen. Hier leben überdurchschnittlich viele Alleinerziehende, Menschen in prekären Beschäftigungsverhältnissen, mit Migrationshintergrund sowie Beziehende von ALG II. Die Beratungen von Hilfesuchenden mit diesen Merkmalen sind intensiv und langwierig und der Bedarf hat sich durch die Pandemie noch verstärkt.

Während der Corona-Pandemie fanden Angebote zum Beispiel der sexuellen Bildung in den Schulen nicht statt. Gleichzeitig konsumierten die Jugendlichen verstärkt Medieninhalte und waren intensiv in den sozialen Medien aktiv. Der Bedarf ist hoch, diese Erlebnisse aufzuarbeiten.

Aktuell sind in Berlin Kürzungen für sogenannte Masterplanprojekte (Masterplan Integration und Sicherheit) für geflüchtete Frauen vorgesehen. Der Beratungsbedarf für diese Zielgruppe ist nach wie vor hoch und bedarf Verstärkung und Aufwuchs, statt Reduzierung.

+ WAS TUN WIR?

Die Schwangerenkonfliktberatungsstellen entwickeln multiprofessionelle und zielgerichtete Angebote für die Hilfesuchenden, beispielsweise

- Psychologische Beratung im Schwangerschaftskonflikt
- Leicht zugängliche psychosoziale und psychologische Beratungsangebote für Frauen in prä- und postpartalen Krisen, zum Beispiel nach Fehl- oder Totgeburten
- Sexualpädagogische Angebote für beispielsweise Schulen
- Sozialrechtliche Beratung zu gesetzlichen Ansprüchen und wirtschaftlichen Hilfen

Präventionsangebote der Mitgliedsorganisationen sind:

- Workshops, Lehrkräftefortbildungen und Elternabende in Primar- und Sekundarschulen zu Essstörungen und Selbstwertgefühl
- Sexualpädagogische Bildungsangebote auf den von Jugendlichen genutzten Social-Media-Kanälen wie beispielsweise TikTok
- Fachliche Begleitung bei der Entwicklung von Schutzkonzepten zu sexualisierter Gewalt an Schulen

- Die betroffenen Einrichtungen machen die zuständige Senatsverwaltung und die Öffentlichkeit auf die Auswirkungen der geplanten Kürzungen aufmerksam. Der Paritätische Berlin unterstützt sie dabei.

! WAS FORDERN WIR?

- Ausbau der Schwangerenkonfliktberatungsstellen in Berlin
- Deutliche Aufstockung der Beratungs- und Verwaltungskräfte
- Multiprofessionelle Teams, um der Vielfalt der Anliegen der Hilfesuchenden umfassend begegnen zu können

- Für die Reflexion der konsumierten medialen Inhalte müssen nun vermehrt Angebote gemacht werden: Angebote zur Prävention von sexualisierter Gewalt und Essstörungen, Vermittlung von sexueller Bildung und Selbstwertstärkung. Zielgruppen dieser Angebote sind Schülerinnen und Schüler der Primar- und Sekundarstufe, Eltern sowie Lehrkräfte.

- Die Fraueninfrastruktur in Berlin für gewaltbetroffene (geflüchtete) Frauen muss gesichert und ausgebaut werden.

• KONTAKT

Frauen

Astrid Lück

Telefon: 030 860 01-230

lueck@paritaet-berlin.de

Freiwilliges Engagement

Ehrenamt braucht Steuerung und Innovation

? WIE IST DIE LAGE?

Engagement ist ein Schlüssel zur gesellschaftlichen Teilhabe. In Berlin gibt es viele Menschen, auch mit Unterstützungsbedarf, die sich engagieren wollen. Häufig fehlen ihnen der Zugang und die Mittel.

Es gibt nicht ausreichend Orte, die für freiwilliges Engagement erschlossen und nutzbar sind.

Finanzielle Lücken und bürokratische Hürden erschweren freiwilliges Engagement.

+ WAS TUN WIR?

- Beratung zur Barrierefreiheit
- Empowerment von Menschen mit Ausgrenzungserfahrungen
- Verteilung von jährlich 17.000 BVG- und S-Bahn-Fahrkarten an Engagierte

- Wir beteiligen uns an der Umsetzung der Berliner Engagement-Strategie 2020-2025.
- Wir unterstützen die Entwicklung digitaler Werkzeuge für die Zivilgesellschaft.

- Erhöhte Aufmerksamkeit für ehrenamtliches Engagement durch die „Gemeinsame Sache – Berliner Freiwilligentage“
- Verbandsübergreifende Arbeit zur Finanzierung von Freiwilligenkoordination
- Fachlicher Austausch gemeinnütziger Träger und Vereine über den Arbeitskreis Engagement

! WAS FORDERN WIR?

- Barrierefreiheit vor Ort und im digitalen Raum finanzieren
- Mobilitätsdienste kostenfrei bereitstellen
- Inklusive Engagement-Angebote fördern
- Kostenfreie Nutzung des öffentlichen Nahverkehrs für Freiwillige mit geringem Einkommen

- Ungenutzte Räume erschließen und öffentliche Einrichtungen nutzbar machen
- Freistehende Räume und Freiwillige zusammenbringen, zum Beispiel durch eine Online-Plattform oder App
- Räume für die Zivilgesellschaft schaffen und Mietsteigerungen ausgleichen

- Freiwilligenkoordination und -management finanzieren
- Fonds für innovatives Engagement und Digitalisierung schaffen
- Hürden für Ausschreibungs- und Abrechnungsverfahren abbauen

• KONTAKT

Freiwilliges Engagement

Niklas Alt

Telefon: 030 860 01-612

alt@paritaet-berlin.de

Besonderheiten von Lebenslagen mitdenken – etwa bei Menschen mit chronischen Erkrankungen oder Demenz sowie deren Angehörigen

? WIE IST DIE LAGE?

Menschen mit chronischen Erkrankungen haben jeweils individuelle Bedürfnisse, um ihre Lebensqualität zu sichern. Darauf geht das Gesundheitssystem nicht ausreichend ein.

Der Zugang zu gesundheitlicher Behandlung und Versorgung ist nicht für alle Menschen gleichberechtigt gesichert.

Die Situation von Menschen, die an Demenz leiden, und der (pflegenden) Angehörigen wird nicht genügend wahrgenommen.

+ WAS TUN WIR?

- Verschiedene Angebote der Patientenorganisationen und Verbände für und von Menschen mit einer chronischen Erkrankung
- Medizinische Behandlung und psychosoziale Versorgung im Sozialraum und für benachteiligte, vulnerable Zielgruppen

- Angebote der Koordinierung gesundheitlicher Chancengleichheit
- Angebote der Gesundheitsförderung und Prävention
- Angebote freier Träger von Gesundheitszentren für vulnerable Gruppen

- Vielfältige Angebote freier Träger für Menschen, die an Demenz erkrankt sind, Angehörige und pflegende Angehörige

! WAS FORDERN WIR?

- Passgerechte, sozialkompensatorische Maßnahmen für die jeweilige Situation chronisch Erkrankter
- Unterstützung, Beratung und Hilfe für junge Menschen, die an Krebs erkrankt sind, bei ihren beruflichen Chancen

- Gesundheitliche Chancengleichheit
- Stärkung der Gesundheitskompetenz in Organisationen und der individuellen Gesundheitskompetenz
- Schnelle Behandlungsmöglichkeiten für Menschen ohne Krankenversicherungsschutz

- Etablierung eines oder einer Demenzbeauftragten als Ansprechperson für Kliniken, Betroffene und Angehörige

• KONTAKT

Gesundheitsförderung

Heike Drees
Telefon: 030 860 01-168
drees@paritaet-berlin.de

Hilfe bei HIV/Aids, STI und Hepatitiden

Aids bis 2030 beenden – keine HIV-bezogene Stigmatisierung und Diskriminierung

? WIE IST DIE LAGE?

Berlin beteiligt sich an der Fast-Track Cities Initiative mit dem Ziel, bis 2030 Aids zu beenden. Die frühzeitige Erkennung einer Infektion ermöglicht eine frühe Behandlung

Der Berliner Senat hat beschlossen, die Deklaration der Deutschen Aidshilfe gegen Diskriminierung von Menschen mit HIV am Arbeitsplatz #positivarbeiten mitzuzeichnen

Nicht alle Zielgruppen im Handlungsfeld HIV/Aids, STI und Hepatitiden haben Zugang zu Prävention, psychosozialer Unterstützung und medizinischer Behandlung.

+ WAS TUN WIR?

- Angebote der Aidsprojekte und Aidshilfen:
- Testangebote mit integrierter Behandlung und psychosozialer Unterstützung
 - Angebote für besonders vulnerable Gruppen
 - Angebote für geflüchtete Menschen
 - Interkulturelle Arbeit
 - Präventionsangebote
 - Beratung

- Angebote der Aidsprojekte und Aidshilfen

- Vielfältige Angebote:
- Aidsprojekte und Aidshilfen
 - Kontakt- und Anlaufstellen
 - Checkpoint BLN
 - Arbeit von Peers
 - Unterstützung durch Freiwillige
 - Hilfe zur Selbsthilfe

! WAS FORDERN WIR?

- Stärkung der interdisziplinären Arbeit durch ressortübergreifende Initiativen und Netzwerke
- Ausbau niedrigschwelliger Testangebote und gleichzeitiger Abbau von Zugangsbeschränkungen
- Sicherstellung der HIV-Prävention

- Geeignete Maßnahmen gegen Diskriminierung und Stigmatisierung, denen Menschen mit HIV und Aids am Arbeitsplatz immer wieder ausgesetzt sind.
- Fort- und Weiterbildungen für Mitarbeitende in den Behörden und Institutionen des Landes Berlin und im Berliner Justizvollzug

- Sicherstellen von Testangeboten, psychosozialer Beratung und Behandlung
- Zugang zu gesundheitlicher Versorgung und medizinischer Behandlung für Menschen ohne Papiere bzw. ohne Versicherungsschutz
- Kooperation unterschiedlicher Organisationen mit Angeboten für eine gesundheitliche Versorgung von Menschen ohne Papiere sowie ohne Versicherungsschutz
- Prävention und Aufklärung zu HIV, Aids und anderen sexuell übertragbaren Infektionen
- Verbesserung der Lebensbedingungen vulnerabler Zielgruppen
- Verbesserung des Zugangs zu psychosozialen Angeboten, niedrigschwelligen Hilfen und medizinischer Behandlung für Sexarbeitende
- Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen für Sexarbeitende

• KONTAKT

Hilfe bei HIV/Aids, STI und Hepatitiden

Heike Drees
Telefon: 030 860 01-168
drees@paritaet-berlin.de

Hospiz-Netzwerke und -Beratungen aufbauen

? WIE IST DIE LAGE?

Viele Menschen wollen sich nicht mit dem Thema Sterben auseinandersetzen. Es betrifft jedoch jede und jeden und es kann Ängste nehmen, informiert zu sein. Zudem kann es Angehörige entlasten.

Derzeit gibt es viele einzelne Akteure und wenig Netzwerke.

+ WAS TUN WIR?

→ Paritätische Träger bieten Beratung rund ums Sterben, im persönlichen Gespräch und auch über das Internet. Sie beraten zu Vollmachten und Verfügungen.

→ Wir setzen uns dafür ein, Netzwerke der spezialisierten ambulanten Palliativversorgung (SAPV) neu zu denken – mit allen Beteiligten.

! WAS FORDERN WIR?

→ Sterben als Teil des Lebens muss in unserer Gesellschaft mehr und offener thematisiert werden, in Haupt- und Randbereichen – vom Krankenhaus bis zur Obdachlosigkeit.

→ Netzwerke müssen unterstützt und aufgebaut werden, insbesondere auch Bezirksnetzwerke.

• KONTAKT

Hospize

Dr. Christiane Panka
Telefon: 030 860 01-502
panka@paritaet-berlin.de

Soziale Psychiatrie

Keine Gesundheit ohne seelische Gesundheit – alle Akteure müssen koordiniert zusammen wirken

? WIE IST DIE LAGE?

Soziale Psychiatrie und seelische Gesundheit werden nicht ausreichend als zentraler Baustein der Berliner Gesundheitsversorgung gesehen. Doch es gibt keine Gesundheit ohne seelische Gesundheit.

Psychiatrische Versorgung kann nur in Verantwortungsgemeinschaft geleistet werden. Oft fehlt es an bezirks- und organisationsübergreifender Zusammenarbeit.

Gesellschaftliche Teilhabe für alle Berlinerinnen und Berliner, unabhängig von Wohnort (Bezirk), Alter und Herkunft – dieser Anspruch ist noch nicht in die Realität umgesetzt.

+ WAS TUN WIR?

→ Wir tragen im Fachreferat soziale Psychiatrie des Paritätischen mit der Fachexpertise der rund 90 Organisationen in der psychosozialen Versorgung, der Selbsthilfe und den Fachverbänden dazu bei, die Berlinerinnen und Berliner bei der Vorbeugung, Überwindung und Bewältigung seelischer Probleme und psychischer Beeinträchtigungen zu unterstützen.

→ Die über 300 Einrichtungen von Mitgliedsorganisationen in den Bezirken umfassen Beratungsstellen, Wohnstätten für betreutes Wohnen, diverse Tageseinrichtungen, Zuverdienst-Projekte sowie eine Reihe von Integrationsunternehmen und Selbsthilfegruppen.

! WAS FORDERN WIR?

→ Evaluierung und Weiterentwicklung des Psychiatrie-Entwicklungsprogramms (PEP)
→ Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes (BTHG) auf Länderebene
→ Hilfeleistungen für alle, die Hilfe brauchen, niedrigschwellig zugänglich machen sowie Unterstützung bei der Wahrnehmung ihrer Rechte gewährleisten
→ Prävention durch Öffentlichkeitsarbeit und Angebote gezielt stärken

→ Gleiche Lebensbedingungen in allen Bezirken durch die landesweite Steuerung finanzieller Ressourcen schaffen (Berliner Psychiatriebudget)
→ Die an der Versorgung beteiligten Akteure in den Bezirken zum Zusammenwirken verpflichten
→ Personenbezogene Hilfe über bezirkliche Teilhabefachkonferenzen und Leistungsanbieter in der Eingliederungshilfe koordinieren und an den Schnittstellen zur Krankenhausbehandlung, zur Justiz und zur Bildung verbindliche Strukturen zur Zusammenarbeit schaffen

→ Überführung von 2,2 Millionen Euro aus der Arbeit der mobilen Teams in die Regelfinanzierung der PEP-Angebote
→ Interkulturelle Öffnung der Kontakt- und Beratungsstellen, der Zuverdienstprojekte und des Berliner Krisendienstes für Geflüchtete, Migrantinnen und Migranten

• KONTAKT

Soziale Psychiatrie

Uwe Brohl-Zubert
Telefon: 030 860 01-555
brohl-zubert@paritaet-berlin.de

? WIE IST DIE LAGE?

Bis 2023 soll in Berlin eine Landesstrategie Drogen und Sucht entwickelt werden.

Die Suchtberatungsstellen in den Bezirken und die gesamtstädtischen Suchtberatungsstellen sind seit Jahren unterfinanziert. Tarifliche Mittel werden unterschiedlich zur Verfügung gestellt. Diese Situation hat zu einem schleichenden Stellenabbau geführt.

Kinder aus suchtbelasteten Familien werden immer noch zu wenig beachtet.

Der Zugang zu medizinischer Behandlung, beispielsweise Substitution, ist nicht für alle Menschen gesichert oder niedrigschwellig. Die Pandemie hat gezeigt, dass manche Menschen dort am besten erreicht werden, wo sie sich aufhalten.

Ein Modellprojekt zur chemischen Analyse illegal erworbener Drogen, Drug-Checking, wird in Berlin finanziert, aber nicht umgesetzt.

+ WAS TUN WIR?

Wir bringen unser differenziertes und vielfältiges Hilfesystem aktiv in den Prozess ein, unter anderem:

- Suchtberatungsstellen
- Suchtprävention
- Frauenspezifische Angebote
- Angebote für Kinder aus suchtbelasteten Familien
- Fachkliniken für medizinische Rehabilitation
- Ambulante und teilstationäre therapeutische Angebote
- Arbeit- und Beschäftigung, zum Beispiel in Tagesstätten
- Niedrigschwellige Kontaktangebote
- Drogenkonsumräume
- Betreutes Wohnen
- Psychosoziale Betreuung von substituierten Menschen
- Betroffenenverbände und Selbsthilfe

Suchtberatungsstellen halten vielfältige Angebote vor, unter anderem

- Beratung und Betreuung, Information
- Psychosoziale Krisenintervention
- Anamnese, Diagnostik, Indikation
- Klärung der Hilfebedarfe
- Vermittlung, zum Beispiel in Fachkliniken
- Hilfe für Angehörige

Angebote für Kinder und Eltern aus suchtbelasteten Familien, zum Beispiel

- Fluffy-Klub, Mobile Familiensprechstunde, WigWam Support
- Präventionsangebote wie Durchblick 3D und Papilio

- Angebote der Drogenkonsumräume
- Angebote der Kontaktstellen

Angebote zum Beispiel der

- vor-Ort-Arbeit im Partysetting
- Prävention, Aufklärung
- Beratung

! WAS FORDERN WIR?

Von der Landesstrategie erwarten wir

- eine Bestandsaufnahme der Suchtprävention, Suchthilfe und Sucht-Selbsthilfe,
- die Identifizierung von Entwicklungsbedarfen und
- Vorschläge für die Weiterentwicklung der Versorgung.

- Suchtberatung ist eine Pflichtleistung nach dem Psychisch-Kranken-Gesetz (PsychKG). Sie muss endlich auch verpflichtend und auskömmlich finanziert werden.

- Die vorhandenen Angebote für die Zielgruppe Kinder aus suchtbelasteten Familien dringend weiter ausbauen
- Kinder und Eltern in suchtbelasteten Familien besser unterstützen.

- Zugang zu Hilfen schnell und unbürokratisch – auch ohne Versicherungsschutz und Papiere.
- Umsetzung einer zusätzlichen, niedrigschwelligen (Übergangs)-Substitution in Kontaktstellen und Konsumräumen

- Gesundheitsförderung vor Ort, zum Beispiel Drug-Checking

• KONTAKT

Suchthilfe, Suchtprävention, Sucht-Selbsthilfe

Heike Drees

030 860 01-168

drees@paritaet-berlin.de

Innovation von sozialen Angeboten fördern und mehr Wirkung erzielen

? WIE IST DIE LAGE?

Es fehlt an einer festen Finanzierung für Innovationen in der sozialen Arbeit, die eine Weiterentwicklung ermöglicht.

Es gibt nicht genug Raum und Möglichkeiten für soziale Innovation.

Die Expertise gemeinnütziger Organisationen als innovative Akteure wird oft nicht bei der Weiterentwicklung von Vorhaben der sozialen Arbeit einbezogen.

+ WAS TUN WIR?

→ Wir bieten das Know-how aus dem Paritätischen Innovationsforum.
→ Wir geben neue Impulse für innovatives Arbeiten in Paritätischen Netzwerken.

→ Wir bieten Know-how über die Sustainable Development Goals, die weltweit der Sicherung einer nachhaltigen Entwicklung auf ökonomischer, sozialer sowie ökologischer Ebene dienen sollen.
→ Wir vernetzen Akteure in den Bereichen Innovation und Digitalisierung.

→ Die Paritätische Akademie bietet Workshops und Weiterbildungen zu Themen der Innovation und Wirkung.
→ Der Paritätische bündelt Erfahrungen.
→ Er unterstützt und begleitet mit Fachwissen bei innovativen Prozessen.

! WAS FORDERN WIR?

→ Einen regelhaften Innovationsfonds, um den Herausforderungen und Transformationsprozessen in der sozialen Arbeit zu begegnen
→ Gesicherte Zuwendung für innovative Produkte und Anwendungen

→ Eine Option für die Projektinhalte und Arbeitsfelder während der Projektlaufzeit
→ Ein innovationsfreundliches Umfeld zu schaffen sowie Offenheit und Fehlerkultur zu leben

→ Die Zivilgesellschaft sollte bei Antragsvorhaben und Planungen auf Bezirks- und Landesebene eingebunden werden.
→ Praxiswissen gemeinnütziger Organisationen sollte stärker in Ausbildung und Studium einfließen.

• KONTAKT

Innovation und Wirkung

Anne Jeglinski
Telefon: 030 860 01-601
jeglinski@paritaet-berlin.de

Digitalisierung

Digitale Infrastruktur sozialer Träger auskömmlich finanzieren

? WIE IST DIE LAGE?

Es gibt kaum Ressourcen für die Digitalisierung in der sozialen Arbeit.

In der Digitalisierungsstrategie des Landes Berlin ist der Bereich soziale Arbeit nicht ausreichend berücksichtigt.

Gesellschaftliche Teilhabe wird durch eingeschränkte digitale Teilhabe erschwert.

+ WAS TUN WIR?

→ Know-how aus dem Paritätischen Digitalforum

→ Workshops und Weiterbildungen der Paritätischen Akademie
→ Fachwissen im Paritätischen Berlin

→ Umfangreiches Fachwissen bei Paritätischen Mitgliedsorganisationen zur barrierearmen Gestaltung von digitalen Anwendungen

! WAS FORDERN WIR?

→ Nachhaltige Finanzierung der digitalen Infrastruktur bei gemeinnützigen Organisationen
→ Die Möglichkeit, digitale Produkte wie Software-Lizenzen auch in allen Zuwendungen abzugerechnen
→ Förderung von Weiterbildungen im Digitalbereich

→ Klarheit darüber, welche Rolle die Berliner Zivilgesellschaft und Sozialwirtschaft beim für 2021 angesetzten Partizipationsprozess der Berliner Digitalstrategie einnehmen sollen
→ Breite Beteiligung von Akteuren der sozialen Arbeit an der Digitalisierungsstrategie des Landes Berlin

→ Abbau von Barrieren zur Nutzung von digitalen Angeboten in Berlin
→ Förderung von leichter Sprache im Netz sowie von digitalen Dolmetsch-Dienstleistungen
→ Einbeziehung von Selbst-/Interessenvertretungen bei der Entwicklung und Evaluation digitaler Angebote

• KONTAKT

Digitalisierung

Christian Sievert
Telefon: 030 860 01-613
sievert@paritaet-berlin.de

Häusliche Gewalt zieht sich durch alle Schichten der Gesellschaft – Hilfe und Prävention sind nötig

? WIE IST DIE LAGE?

Häusliche Gewalt zieht sich durch alle Schichten der Gesellschaft. Während der Pandemie hat sich das Risiko, Opfer häuslicher Gewalt zu werden, durch die eingeschränkten sozialen Kontakte und die größere Nähe im familiären Bereich noch einmal erhöht.

In der Täterarbeit mangelt es in Berlin an Angeboten. Massive Versorgungslücken bestehen sowohl im Hinblick auf häusliche als auch auf sexuelle Gewalt.

Die Istanbul-Konvention enthält Vorgaben für die Gesundheitsversorgung, zum Beispiel Handlungsverpflichtungen für Gesundheitsfachkräfte bei Anzeichen von Häuslicher Gewalt. Dazu gibt es noch zu wenig Wissen im gesamten Gesundheitsbereich. Aktuell werden etwa in den Krankenhäusern keine Daten zu häuslicher Gewalt erhoben. Ohne Daten sind keine Aussagen über die Ausprägung und Häufigkeit von häuslicher Gewalt möglich.

+ WAS TUN WIR?

- Die im Gewaltschutz tätigen Mitgliedsorganisationen helfen Menschen, die Gewalt erlebt haben oder noch immer erfahren. Täter werden darin unterstützt, nicht erneut gewalttätig zu werden.
- Paritätische Mitgliedsorganisationen wirken an der Entwicklung und Umsetzung von Gewaltschutzkonzepten in Institutionen mit und bieten Schulungen an
- Ausbau der kiezorientierten Präventionsarbeit

- Im Rahmen des Modellprojekts „Servicestelle Wegweiser für Beschuldigte von Straftaten“ des Trägers „selbst.bestimmt e. V.“ wird der proaktive Ansatz in der Kontaktaufnahme zu Täterinnen und Tätern umgesetzt, um ihnen den Zugang zu vorhandenen Beratungsangeboten zu erleichtern.

- Fachliche Begleitung und Unterstützung der Kampagne durch die im Gewaltschutz tätigen Mitgliedsorganisationen

! WAS FORDERN WIR?

- Die Istanbul-Konvention zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt muss in Berlin konsequent umgesetzt werden.
- Hilfsangebote im Bereich häusliche Gewalt müssen gestärkt und ausgebaut werden. Es werden mehr Frauenhausplätze benötigt, aber auch Zufluchtsplätze für Männer, die von Gewalt betroffen sind. Zudem braucht es mehr Beratungs- und Unterstützungsangebote für gewaltbetroffene Menschen wie den Ausbau der Beratungsstellen im Bereich sexualisierte Gewalt.

- Um künftige Fälle möglichst zu verhindern, muss die Täterarbeit intensiviert und das bestehende Angebot deutlich ausgeweitet werden. Grundsätzlich bedarf es eines breiteren Verständnisses der Täterarbeit im Sinne eines präventiven Opferschutzes.

- Um die Vorgaben der Istanbul-Konvention bekannt zu machen, ist eine zielgerichtete und langfristig angelegte Kampagne im Gesundheitsbereich notwendig.
- Die Gesundheitsfachkräfte sind über die Handlungsverpflichtungen zu informieren und aufzuklären. Zielgruppen sollten ebenfalls Netzwerke wie Apotheken oder niedergelassene Ärztinnen und Ärzte sein.

• KONTAKT

Gewaltschutz

Irina Meyer

Telefon: 030 860 01-188

meyer@paritaet-berlin.de

Astrid Lück

Telefon: 030 860 01-230

lueck@paritaet-berlin.de

Opferhilfe

Opfer einer Straftat sind oft seelisch belastet – sie sollten Hilfe bekommen, statt danach suchen zu müssen

? WIE IST DIE LAGE?

Wenn Menschen Opfer einer Straftat werden, führt dies oft zu großen seelischen Belastungen. Aktuell nimmt jedoch nur etwa jedes zehnte Opfer einer Straftat in Berlin die umfassend vorhandenen Hilfs- und Unterstützungsangebote durch professionelle Opferhilfeeinrichtungen in Anspruch.

Für Menschen, die Zeugen einer Straftat geworden sind, kann die Ladung zu einer Vernehmung sehr belastend sein. Die Situation vor Gericht wird als besonders bedrückend erlebt, wenn Zeugen vordergründig als „Beweismittel“ und nicht als von den Folgen einer Straftat belastete Individuen behandelt werden. Damit einher geht das Risiko der sekundären Viktimisierung.

+ WAS TUN WIR?

- Paritätische Mitgliedsorganisationen unterstützen Opfer und Zeugen von Straftaten sowie deren Angehörige und informieren über Hilfsmöglichkeiten für Betroffene.
- Mit der Servicestelle „Proaktiv“ des Opferhilfe Berlin e. V. wird der proaktive Ansatz modellhaft umgesetzt, damit Betroffene von Straftaten nach Anzeigenerstattung kontaktiert und an passende Beratungsstellen vermittelt werden können.

- Paritätische Mitgliedsorganisationen helfen dabei, die Position von Opfern im Strafverfahren zu verbessern und bieten Hilfe bei der Bewältigung des Erlebten an.
- Mit Angeboten der Zeugenbetreuung unterstützen sie bei der Vorbereitung auf die Gerichtsverhandlung und begleiten Betroffene während des Verfahrens.

! WAS FORDERN WIR?

- Erforderlich ist ein Perspektivwechsel: Betroffene sollen nicht selbst nach Hilfe suchen müssen. Stattdessen sollte ihnen ein Hilfsangebot unterbreitet werden.
- Das als Modellprojekt gestartete proaktive Vorgehen im Opferschutz muss verstetigt und ausgeweitet werden.
- Die mit der in diesem Zusammenhang geschaffenen Servicestelle „Proaktiv“ kooperierenden Fachberatungseinrichtungen müssen bedarfsgerecht finanziert werden.

- Benötigt werden Fortbildungen für Richterinnen und Richter zu Fragen der Traumatisierung und zu Täterstrategien.
- Es sollten speziell fortgebildete Referate gebildet werden, in denen Fälle in Verbindung mit sexualisierter Gewalt verhandelt werden.
- Um deren Belastungen möglichst gering zu halten, sollten insbesondere bei jüngeren Kindern Videovernehmungen als Standard zum Einsatz kommen.

• KONTAKT

Opferhilfe

Irina Meyer

Telefon: 030 860 01-188

meyer@paritaet-berlin.de

Schuldner- und allgemeine Sozialberatung

Beratung für ver- und überschuldete Menschen sichern und ausbauen

? WIE IST DIE LAGE?

Jeder Achte in Berlin ist überschuldet. Aufgrund der wirtschaftlichen Auswirkungen der Corona-Pandemie ist mit einem weiteren Anstieg zu rechnen. Für die Betroffenen und ihre Familien besteht ein hohes Risiko von Armut und sozialer Ausgrenzung.

Menschen geraten aus den unterschiedlichsten Gründen in existentielle Notlagen, für deren Bewältigung sie Hilfe und Beratung benötigen. Die Corona-Pandemie hat die Zahl der Betroffenen erhöht und gezeigt, wie wichtig wohnortnahe und niedrigschwellige Beratungsangebote für die Betroffenen sind.

+ WAS TUN WIR?

→ Die Träger der anerkannten Schuldner- und Insolvenzberatungen beraten kostenlos und vertraulich. Sie stellen sicher, dass allen Ratsuchenden geholfen wird. Die Betroffenen werden durch Präventionsarbeit dazu befähigt, zukünftig eine erneute Ver- und Überschuldung zu vermeiden.

→ Die unabhängigen allgemeinen Sozialberatungsstellen sind ein offenes und flexibles Hilfeangebot für Menschen in unterschiedlichen Notlagen. Sie erhalten Informationen und Unterstützung im Umgang mit Ämtern oder bei der Klärung möglicher Leistungsansprüche, bei familiären oder gesundheitlichen Problemen, bei finanziellen Fragen oder bei der Suche nach speziellen Fachdiensten oder Einrichtungen.

! WAS FORDERN WIR?

→ Die bestehende Beratungsstruktur der anerkannten sozialen Schuldner- und Insolvenzberatungen gemäß § 305 der Insolvenzverordnung muss gesichert und bedarfsgerecht ausgebaut werden.

→ Dank verbandsübergreifender Bemühungen des LIGA Fachausschusses Existenzsicherung und Armutsbekämpfung konnte in den vergangenen Jahren eine Stärkung der unabhängigen allgemeinen Sozialberatungsstellen in allen Berliner Bezirken erreicht werden. Die vorhandenen Angebote müssen jedoch dauerhaft finanziell an die Bedarfe angepasst und zeitnah weiter ausgebaut werden.

• KONTAKT

Schuldner- und allgemeine Sozialberatung

Irina Meyer
Telefon: 030 860 01-188
meyer@paritaet-berlin.de

Straffälligenhilfe

Perspektiven für ein Leben nach der Haft: Kontakt zu Kindern ermöglichen und Wohnraum organisieren

? WIE IST DIE LAGE?

Zahlreiche Gefangene in Berlin werden noch immer ohne gesicherte Perspektive entlassen. Über ein Drittel von ihnen verfügt zu diesem Zeitpunkt weder über Wohnraum, noch über gültige Personalpapiere. Wohnungslosigkeit und soziale Ausgrenzung sind somit vorprogrammiert.

Etwa jeder zehnte Gefangene in Berlin verbüßt eine Ersatzfreiheitsstrafe aufgrund relativ geringfügiger Vergehen wie dem Erschleichen von Leistungen. Bei den Betroffenen handelt es sich zu einem großen Teil um Menschen mit erheblichen sozialen und gesundheitlichen Problemen, deren Lage sich aufgrund der Inhaftierung weiter verschlimmert.

Die Familien von inhaftierten Menschen sind eine weitgehend unsichtbare Gruppe, die bisher in der Öffentlichkeit und Politik zu wenig Beachtung findet. Die in den vergangenen Jahren mit großem Engagement geschaffenen Angebote laufen Gefahr, aufgrund von Kürzungen im Berliner Landeshaushalt eingeschränkt zu werden.

+ WAS TUN WIR?

Unsere Mitgliedsorganisationen unterstützen durch:

- Strukturierte Entlassungsvorbereitung für männliche, weibliche und jugendliche Inhaftierte
- Enge Zusammenarbeit mit externen Beratungsstellen oder betreuten Wohnformen
- Engagement in der „Initiative Freie Straffälligenhilfe Berlin“ für ein systematisches Übergangsmanagement in Berlin

- Angebote für Menschen mit besonderen Schwierigkeiten bei der Tilgung ihrer Geldstrafe, um eine Ersatzfreiheitsstrafe zu vermeiden
- Entwicklung und Umsetzung von Modellprojekten zur Tilgung für Menschen mit eingeschränkter Beschäftigungsfähigkeit
- Fokus auf Prävention: niedrigschwellige Unterstützung, bevor Anzeige erstattet wird

Paritätische Träger unterstützen durch:

- Familienorientierte Projekte im Justizvollzug für inhaftierte Eltern und ihre Kinder und Angehörigen
- Mitwirkung im bundesweiten Netzwerk „Kinder von Inhaftierten“, um die Situation der von Haft betroffenen Familien und der mitbetroffenen Kinder zu verbessern.

! WAS FORDERN WIR?

- Das Übergangsmanagement muss verbessert werden. Dafür müssen der Justizvollzug und externe Akteure enger zusammenarbeiten.
- Die Unterstützung darf nicht am Tag der Haftentlassung enden.
- Anträge auf existenzsichernde Leistungen sollten bereits während der Haft gestellt und die Anspruchsvoraussetzungen zuvor geklärt werden. Am Tag der Entlassung muss ein (vorläufiger) Leistungsbescheid vorliegen.

- Ersatzfreiheitsstrafen sind konsequent zu vermeiden.
- Verurteilungen bei Bagatelldelinquenz müssen möglichst verhindert werden.
- Die Höhe der Geldstrafe muss sich an der tatsächlichen Leistungsfähigkeit der Person bemessen.
- Um Ersatzfreiheitsstrafen zu verkürzen, sollte der Umrechnungsmaßstab geändert werden: Drei Tagessätze entsprechen einem Tag Inhaftierung statt wie bisher 1:1.

- Die vorhandenen Angebotsstrukturen für einen familienorientierten Justizvollzug müssen aufgrund des nachgewiesenen hohen Bedarfes ausgeweitet und nachhaltig finanziert werden.
- In allen Haftanstalten müssen kindgerechte Settings für die Besuche geschaffen und Ansprechpersonen für die Belange von Angehörigen etabliert werden. Mitarbeitende der Justizvollzugsanstalten sollten entsprechend sensibilisiert und fortgebildet werden.

• KONTAKT

Straffälligenhilfe

Irina Meyer
Telefon: 030 860 01-188
meyer@paritaet-berlin.de

? WIE IST DIE LAGE?

Armutsgefährdete Menschen sind zunehmend mit steigenden Wohnkosten konfrontiert. Viele verlieren ihre Wohnung und finden keinen neuen bezahlbaren Wohnraum. Auch soziale Organisationen finden nur schwer bezahlbare Räume für ihre Angebote. Doch Wohnen ist ein Menschenrecht und Wohnen ist Daseinsvorsorge!

Obdachlose Menschen sind eine gesundheitlich hoch belastete Bevölkerungsgruppe. Gesundheit ist ein Menschenrecht!

Die Situation von Menschen in sozialen Schwierigkeiten verbunden mit Wohnungslosigkeit ist komplex und vielfältig, das Leistungstypensystem der Hilfen nach §§ 67 ff. SGB XII ist starr.

+ WAS TUN WIR?

- Paritätische Mitgliedsorganisationen bieten individuelle Beratung und Unterstützung für Menschen, deren Wohnung gefährdet ist. Sie setzen sich für den Wohnungserhalt ein oder unterstützen bei der Wohnraumsuche.
- Sie schaffen gemeinwohlorientierten Wohnraum, initiieren inklusive Wohnkonzepte und setzen sich gegen Diskriminierung von Menschen mit Zugangsbarrieren auf dem Wohnungsmarkt ein.
- Mit ihren Angeboten stützen sie die soziale Infrastruktur im Bezirk und engagieren sich mieten- und wohnungspolitisch.

- Paritätische Mitgliedsorganisationen leisten einen wichtigen Beitrag zur medizinischen und überlebenswichtigen Versorgung obdachloser Menschen.
- In interdisziplinären Teams (Sozialarbeit, medizinisches Personal, Essensversorgung) werden obdachlose Menschen medizinisch behandelt, beraten, informiert und gegebenenfalls in weitere Angebote und das Regelsystem vermittelt. Der Paritätische Berlin fördert das Forschungsprojekt GIG – Gesundheit Wohnungsloser in Berlin der Charité Berlin. Medizinische und soziale Daten von Patienten des Gesundheitszentrums für Obdachlose der Jenny De la Torre Stiftung werden erhoben und analysiert. Mitte 2022 werden Ergebnisse vorliegen und in sozial-, gesundheits- und wohnungspolitische Debatten einfließen.

- Paritätische Leistungsanbieter im Bereich der Hilfen nach §§ 67 ff. SGB XII bieten individuelle Beratung und Unterstützung, gemessen am Hilfebedarf auch aufsuchend oder begleitend.
- Sie arbeiten vernetzt und vermitteln in adäquate Anschlusshilfen.
- Der Paritätische Berlin setzt sich gemeinsam mit den LIGA-Verbänden für die inhaltliche, am Bedarf orientierte Weiterentwicklung der Leistungstypen nach §§ 67 ff. SGB XII ein und unterstützt mit seiner Fachexpertise das Land Berlin.

! WAS FORDERN WIR?

- Konsequente Prävention von Wohnungsverlust
- Schaffung von bezahlbarem Wohnraum
- Stärkung des gemeinwohlorientierten und sozialen Wohnungsbaus
- Wirksame Eindämmung der Mietpreise
- Förderung von inklusiven Wohnquartieren
- Soziale Einrichtungen vor Kündigung und überhöhten Gewerbemieten schützen

- Die Sicherstellung der medizinische Versorgung von obdachlosen Menschen und Menschen ohne ausreichenden Krankenversicherungsschutz
- Bedingungsloser und niederschwelliger Zugang zu medizinischen Angeboten
- Auskömmliche Finanzierung von medizinischen Versorgungszentren für obdachlose und nicht krankenversicherte Menschen
- Ressortübergreifende Verantwortungsübernahme der zuständigen Senatsverwaltungen (SenIAS, SenGPG) sowie der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV)

- Weiterentwicklung der Hilfen nach §§ 67 ff. SGB XII für Menschen in Notlagen und sozialen Schwierigkeiten
- Passgenaue Hilfen, orientiert am tatsächlichen Bedarf der Leistungsberechtigten

• KONTAKT

Wohnungsnotfallhilfe und Wohnungspolitik

Daniela Radlbeck
Telefon: 030 860 01-180
radlbeck@paritaet-berlin.de



Ein Aktionsprogramm soll Folgen der Corona-Pandemie abmildern – Verhandlungen zu Gesetzen müssen weitergehen

? WIE IST DIE LAGE?

Es ist zu befürchten, dass die Folgen von Corona zu Lasten der Leistungsberechtigten der Eingliederungshilfe und ihrer Leistungsangebote gehen.

Bei der Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention und des Bundesteilhabegesetzes in Berlin sind noch viele Themen offen und ungeklärt. Corona hat die Verhandlungen der noch offenen Themen zur Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes und des Berliner Rahmenvertrages ausgebremst.

+ WAS TUN WIR?

→ Die Mitarbeitenden Paritätischer Träger der Eingliederungshilfe leisten einen immensen Beitrag zur Herstellung „normaler“ Lebensverhältnisse von Menschen mit Behinderungen. In Folge der Pandemie wird den Mitarbeitenden bei freien Trägern der Eingliederungshilfe eine zentrale Rolle zukommen, um die teils gravierenden Folgen für Menschen mit Behinderungen aufzufangen und zu bewältigen. Sie stehen dafür bereit.

→ Als Mitglied in der Kommission 131 steht der Paritätische Berlin mit seiner Fachexpertise für die anstehenden Verhandlungen zur Verfügung.
 → Der Paritätische Berlin und die anderen Liga- Verbände stehen für die inhaltliche Entwicklung und die Organisation von gemeinsamen Schulungen/Weiterbildungen der Teilhabefachdienste und der Leistungserbringer zur Verfügung.
 → Wir unterstützen das Erlernen einer „gemeinsamen“ Sprache, um bei der Bedarfsermittlung und der Ziel- und Leistungsplanung Unstimmigkeiten und Unzufriedenheiten auf allen Seiten mit den Verfahren zu vermeiden.

! WAS FORDERN WIR?

→ Ein Aktionsprogramm, um die Folgen von Covid-19 für Menschen mit Behinderungen aufzuarbeiten und zu mildern.
 → Die Berliner Politik muss anerkennen und wertschätzen, dass die Arbeit der Selbstvertretungen und die Leistungsangebote freier Träger der Eingliederungshilfe eine zentrale Rolle für die Bewältigung der Corona-Pandemie gespielt haben und weiterhin spielen.
 → Dieses Engagement muss in den Debatten um Sparpotenziale mitgedacht werden und es muss sich für die dringend benötigten Angebote eingesetzt werden.
 → Wir fordern ein Aktionsprogramm für Menschen mit Behinderungen, um die mittel- und langfristigen Folgen von Corona abzumildern und adäquat aufzuarbeiten.

→ Die Verhandlungen müssen zeitnah wieder aufgenommen werden, um den Anforderungen des Sozialgesetzbuches (SGB) IX berlinweit gerecht werden zu können. Vor Einführung der Bedarfsermittlung (TIB) und der neuen Ziel- und Leistungsplanung in der Eingliederungshilfe bedarf es gemeinsamer Schulungen und Weiterbildungen der Mitarbeitenden, sowohl in den bezirklichen Teilhabefachdiensten als auch bei den Leistungserbringern. Ziel muss ein niedrigschwelliger und den Vorgaben des SGB IX entsprechender Zugang zu und Weiterbewilligung von Leistungen der Eingliederungshilfe sein.
 → Zur Klärung strittiger Entscheidungen zum Inhalt und Umfang der Leistung, braucht es eine überbezirkliche und vom Leistungsträger und Leistungserbringer unabhängige Ombudsstelle, die einem kostenaufwendigen und langwierigen Widerspruchsverfahren außergerichtlich vorgeschaltet ist. In den Teilhabefachdiensten muss zwingend eine Trennung zwischen sozialpädagogischem Fachpersonal für die Leistungsplanung und Verwaltungsfachpersonal für die Leistungskoordination eingehalten werden, um eventuelle Interessenskollisionen zum Nachteil der Leistungsberechtigten zu vermeiden.

● KONTAKT

Eingliederungshilfe

Regina Schödl

Telefon: 030 860 01-171

schoedl@paritaet-berlin.de



? WIE IST DIE LAGE?

Berlin hat den „Berliner Maßnahmenplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention (BRK) 2020-2025“ bereits im Januar 2021 verabschiedet. Mit rund 200 Maßnahmen aus 13 Handlungsfeldern wie „Arbeit und Beschäftigung“, „Bildung“ oder „Mobilität“ soll die Umsetzung der UN-BRK in Berlin gewährleistet werden. Jetzt hängt die Umsetzung am politischen Willen und den finanziellen Ressourcen.

Die Verfügbarkeit und die Kostensätze von Dolmetscherleistungen, wie Gebärdensprache oder Simultanübersetzung in Leichte Sprache, stellen vor allem für kleine Vereine eine finanzielle Hürde dar. Folglich können Live-Veranstaltungen und -Angebote oder auch eine Dokumentation bestimmten Personenkreisen häufig nicht zugänglich gemacht werden. Auch Angebote der öffentlichen Verwaltung haben noch zu wenig barrierefreie Informationen.

Bezahlbaren Wohnraum im vertrauten Lebensumfeld zu finden, hat für die Teilhabechancen von Menschen mit Behinderungen eine immense Bedeutung. Für diese Personengruppe ist die Gentrifizierung deutlich spürbar geworden. Barrierefreier Wohnraum kommt einer Vielzahl von Gruppen und Menschen zugute, sichert vielfältige Kieze und soziale Kontakte.

+ WAS TUN WIR?

- Die Maßnahmen wurden unter anderem mit der Expertise unserer Mitgliedsorganisationen erarbeitet.
- Selbst- und Interessenvertretungen sowie Leistungserbringer stehen für die Umsetzung der Maßnahmen mit ihrer Expertise zur Verfügung.
- Sie sind als Schnittstellen zu verschiedenen Personengruppen zentrale Akteure bei der Gestaltung und Entwicklung einer inklusiven Gesellschaft.

- Der Paritätische Berlin und seine Mitgliedsorganisationen stehen für eine Ideen- und Konzeptentwicklung zur Verfügung, damit Berlin Vorreiterin für barrierefreie Veranstaltungen und Angebote wird.
- Paritätische Mitgliedsorganisationen bieten an, mit geschulten Evaluatorinnen und Evaluatoren Angebote oder Settings auf ihre Barrieren hin zu überprüfen.

- Paritätische Mitgliedsorganisationen bieten Beratung zum barrierefreien Bauen an.
- Wir setzen uns gemeinsam mit unseren Mitgliedsorganisationen, Partnern und Netzwerken an verschiedenen Stellen für den Neubau und die Entwicklung inklusiver Projekte und Kieze ein.

! WAS FORDERN WIR?

- Der „Aktions- und Maßnahmenplan Berlin 2020-2025“ muss in der nächsten Legislatur konsequent umgesetzt und es müssen dringend notwendige finanzielle Ressourcen zugesichert werden.
- Menschen mit Behinderungen müssen in der Planung und Umsetzung aktiv beteiligt werden.

- Die Schaffung eines „Berliner Inklusionsfonds“ und/oder das Vorhalten von Dolmetschenden im Landesdienst, die bei geringer Auslastung von gemeinnützigen Organisationen in Anspruch genommen werden können. Dies würde barrierefreie Kommunikation in ihren Angeboten und auf Veranstaltungen sowie die Teilhabe von vielen Personenkreisen ermöglichen.
- Die systematische Überprüfung von Berliner Angeboten und Settings bezüglich ihrer Barrierefreiheit

- Ein lebenslanges Wohnen in vertrauten Sozialräumen muss durch den Bau von barrierefreiem Wohnraum abgesichert werden.
- In Gebäuden mit Aufzugspflicht muss eine Quote von 100 Prozent barrierefrei zu errichtender Wohnungen und eine festgelegte Quote von sogenannten Rollstuhlbenutzer-Wohnungen bei Neubauten geplant werden.

• KONTAKT

Teilhabe von Menschen mit Behinderungen

Christian Peth
Telefon: 030 860 01-616
peth@paritaet-berlin.de



? WIE IST DIE LAGE?

Gute Betreiber von Flüchtlingsunterkünften werden derzeit aus Kostengründen verdrängt und bereits erreichte Standards gehen wieder verloren.

Beratungs- und Unterstützungsangebote für Menschen mit Migrationsgeschichte sind nicht flächendeckend und verlässlich finanziert, obwohl dringender Bedarf besteht.

+ WAS TUN WIR?

→ Paritätische Mitgliedsorganisationen betreiben mit sehr viel Engagement Unterkünfte für Geflüchtete und möchten dies auch weiterhin in fachlich hoher Qualität anbieten können, statt aus Kostengründen aus dem Markt verdrängt zu werden.

→ Der Paritätische Berlin unterstützt und berät seine Mitgliedsorganisationen fachlich und organisatorisch bei der Bereitstellung von Angeboten, in denen Menschen mit Zuwanderungsgeschichte umfassend und fachlich kompetent beraten werden.

! WAS FORDERN WIR?

→ Die aktuelle Ausschreibepaxis von Flüchtlingsunterkünften muss in der neuen Legislaturperiode deutlich verbessert werden. Nur die Weiterentwicklung der Ausschreibungen hin zu mehr Qualität, Nachhaltigkeit und guter Arbeit kann eine wirkliche Verbesserung der Unterbringung erwirken.

→ Wir brauchen eine Stärkung und Sicherstellung der Beratungsangebote für Menschen mit Migrationsgeschichte, EU-Bürgerinnen und -Bürger sowie Geflüchtete. Eine unabhängige Asylverfahrensberatung muss dauerhaft finanziert werden.

• KONTAKT

Migration

Holger Spöhr

Telefon: 030 860 01-177

spoehr@paritaet-berlin.de

Queere Lebensweisen

Vielfalt ermöglichen heißt Ausgrenzung verhindern und Teilhabe für alle sichern

? WIE IST DIE LAGE?

LSBTIQ-Menschen werden auch heute noch zu oft in der Wahrnehmung ihrer Rechte eingeschränkt. Tabus, Stereotypen und Marginalisierungen setzen sich in Diskriminierungen, Ausgrenzungen oder Gewalt fort. Nur in Verbindung mit der nötigen Sichtbarkeit kann Akzeptanz für verschiedene Lebensentwürfe und Identitäten geschaffen werden.

Die Berliner Verwaltung ist nicht ausreichend auf die Vielfalt der verschiedenen kulturellen Communities ausgerichtet und um deren Sichtbarkeit bemüht.

Es fehlt an queeren Berliner Begegnungsorten, wie etwa queeren Stadtteilzentren.

Schulen sind relevante Bildungsorte, an denen eine Auseinandersetzung mit Gender- und Sexualpädagogik stattfindet. Das Lehrpersonal ist oft nicht entsprechend geschult.

+ WAS TUN WIR?

→ Wir unterstützen im Paritätischen Berlin mit unserer Fachexpertise und den Erfahrungen unserer Mitglieder. Sie beraten queer lebende Menschen, informieren und begleiten in unterschiedlichen Lebenslagen, unterstützen gesellschaftliche Aufklärungsarbeit und leisten auch über die Grenzen Berlins hinweg einen wesentlichen Beitrag zur Sichtbarkeit von LSBTIQ-Menschen.

→ Beispiele aus unserer Mitgliedschaft:

- Fachstelle Queere Bildung von Queerformat zur Umsetzung und Qualitätssicherung von Bildungsarbeit im Bereich sexuelle und geschlechtliche Vielfalt
- Die Fachstelle LSBTIQ, Altern und Pflege der Schwulenberatung als Brücke zwischen den LSBTIQ-Communities und den in Berlin mit Altern und Pflege befassten Menschen, Institutionen und Verwaltungen
- RuT – Rad und Tat: die Offene Initiative Lesbischer Frauen e.V. in Berlin-Neukölln, die sich seit vielen Jahren mit ihren Beratungs- und Kontaktangeboten für die Sichtbarkeit von lesbischen Frauen einsetzt

! WAS FORDERN WIR?

→ Präsenz und Sichtbarkeit von LSBTIQ-Menschen in allen öffentlichkeitswirksamen Kampagnen des Senats

→ Mehr Partizipation von LSBTIQ-Organisationen in Gremien, Ausschüssen und Beiräten des Berliner Senats

→ Wir fordern den Berliner Senat auf, das Gesetz zur „Neuregelung der Partizipation im Land Berlin“ und das „Diversity Landesprogramm“ innerhalb der nächsten Legislaturperiode umzusetzen. Vor allem in den Ausländerbehörden, Bürger- und Gesundheitsämtern müssen die interkulturellen und sprachlichen Kompetenzen ausgebaut werden.

→ Wir fordern vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, ein Modellvorhaben zur Stärkung der gesellschaftlichen Teilhabe älterer, queerer Menschen sowie Mehrgenerationenhäuser für LSBTIQ-Menschen zu schaffen.

→ Wir fordern den Berliner Senat auf, die Umsetzung der normkritischen Gender-, Körper- und Sexualpädagogik an allen Bildungseinrichtungen bis 2025 voranzubringen und die Regelungen dementsprechend anzupassen. Dafür braucht es verpflichtende Schulungen für das gesamte Berliner Lehrpersonal sowie eine angemessene Umsetzung der Inklusion von geschlechtlicher und sexueller Diversität in den Lehrplänen.

• KONTAKT

Queere Lebensweisen

Uwe Brohl-Zubert

Telefon: 030 860 01-555

brohl-zubert@paritaet-berlin.de

? WIE IST DIE LAGE?

Selbsthilfe macht Berlin sozialer und lebenswerter. Um die Arbeit der Selbsthilfe langfristig und nachhaltig zu sichern, bedarf es einem Ausbau der Unterstützung der Selbsthilfe, insbesondere der sozialen Selbsthilfe.

Selbsthilfeorganisationen erhalten kaum finanzielle Unterstützung für Aktivitäten im Bereich Innovation und Digitalisierung. Die digitale Infrastruktur für die Selbsthilfe ist unzureichend.

Das Thema Selbsthilfe ist bisher kaum in Ausbildung, Lehre und Forschung verankert.

+ WAS TUN WIR?

→ Selbsthilfekontaktstellen, -organisationen, und -gruppen sind wichtige Anlaufpunkte in Krisen.
→ Sie fördern die Resilienz und Bewältigung von schwierigen Lebensphasen, unterstützen beim Umgang mit Sucht oder psychischen Belastungen.

→ Paritätische Foren geben Impulse, bieten Vernetzung und Austausch.
→ Interessensvertretung durch den Paritätischen in Arbeitskreisen mit Krankenkassen und Senatsverwaltung

→ Wir bündeln das vielfältige Erfahrungswissen der Selbsthilfe.
→ Es gibt vielfältige Kooperationen mit Akteuren aus den Gesundheitsberufen.
→ Erste Kooperationen mit Universitäten sind vorhanden.

! WAS FORDERN WIR?

→ In der Selbsthilfe Engagierte in Planungen und Entscheidungsprozesse einbeziehen
→ Ehrenamtliche finanziell und personell unterstützen
→ landesgeförderte Strukturen sichern und ausbauen
→ soziale Selbsthilfe entwickeln, ausbauen und fördern

→ Innovative Ansätze und Modellprojekte fördern
→ datenschutzgerechte, barrierearme und digitale Lösungen entwickeln
→ Selbsthilfe in Digitalisierungsprozesse des Gesundheitswesens einbeziehen

→ Selbsthilfe als fachliches Thema in Lehrpläne sozialer und Gesundheitsberufe aufnehmen
→ Fachpersonal für die Idee der Selbsthilfe sensibilisieren und als Multiplikatoren gewinnen
→ Angebote niedrigschwellig zugänglich machen
→ Forschung zu Selbsthilfe und ihrer Wirksamkeit fördern

• KONTAKT

Selbsthilfe

Lea Winnig
Telefon: 030 860 01-618
winnig@paritaet-berlin.de

Stadtteilarbeit

Stadtteilzentren für die Zukunft stärken und damit Teilhabe und Willkommenskultur ausbauen

? WIE IST DIE LAGE?

Stadtteilzentren übernehmen wichtige sozialpolitische Aufgaben wie Partizipation, Integration, Inklusion und soziale Teilhabe.

Stadtteilzentren sind eine zentrale und systemrelevante Infrastruktur für Berlin. Dennoch ist Stadtteilarbeit kaum nachhaltig und langfristig finanziert.

Stadtteilzentren sehen sich bei Entwicklungsprozessen im Sozialraum nicht ausreichend auf Augenhöhe einbezogen.

+ WAS TUN WIR?

→ Förderung von Stadtteilzentren und sozialen Treffpunkten als Anlaufstellen im Stadtteil mit generationen- und themenübergreifenden Beratungs-, Lern-, Kultur- und Freizeitangeboten
→ Expertise in Gemeinwesenarbeit
→ Erfahrung mit direktem und offenem Zugang zu Zielgruppen

→ Wir beraten und begleiten im Zuwendungsprozess.
→ Wir sind die Herausgeber der Broschüre „Entbürokratisierung der Zuwendungspraxis“.
→ Der Verein für sozialkulturelle Arbeit (VskA) ist der Fachverband der Nachbarschaftsarbeit.

→ Vernetzung und Austausch zentraler Akteure
→ Zertifikatskurs Gemeinwesenarbeit in der Paritätischen Akademie
→ Arbeitshilfen, Positionspapiere und Beratung

! WAS FORDERN WIR?

→ Ausbau bestehender Stadtteilzentren
→ Aufbau von Stadtteilzentren in Prognoseräumen, die noch nicht ausgestattet sind
→ Räume für Stadtteilarbeit und zugehörige Projekte vorhalten beziehungsweise erhalten

→ Ausbau einer auskömmlichen Förderung der Stadtteilzentren, zum Beispiel gekoppelt an den Berliner Landeshaushalt
→ Abbau der Bürokratie in der Zuwendungspraxis
→ Tarifliche Entlohnung durch zeitnahe Anpassung der Zuwendungen

→ Stadtteilarbeit auf Augenhöhe in Planungsprozesse einbinden
→ Vernetzung von Förderprogrammen
→ Qualifizierung des Personals

• KONTAKT

Stadtteilarbeit

Anne Jeglinski
Telefon: 030 860 01-601
jeglinski@paritaet-berlin.de

Anika Göbel
Telefon: 030 860 01-615
goebel@paritaet-berlin.de

Mehr Planungssicherheit und weniger Bürokratie bei Zuwendungen

? WIE IST DIE LAGE?

Es fehlt eine auskömmliche nachhaltige Finanzierung, um soziale Arbeit zu sichern und bedarfsgerechte Versorgungsstrukturen zu ermöglichen.

Bewilligung und Verwendungsnachweisprüfung durch die verschiedenen Zuwendungsgeber innerhalb Berlins und der Bezirke sind uneinheitlich und nicht transparent. Dies erschwert das wirtschaftlich effiziente Handeln der sozialen Organisationen.

Hoher administrativer Aufwand von der Antragstellung bis zur Bewilligung und Abrechnung. Soziale gemeinnützige Organisationen müssen sich im Rahmen von zuwendungsgeförderten Projekten mit unterschiedlichen und teils widersprüchlichen Regularien auseinandersetzen.

+ WAS TUN WIR?

- Wir beraten Mitgliedsorganisationen bei Antragstellung, Projektdurchführung und Abrechnung von öffentlichen Förderungen.
- Die Paritätische Servicestelle Zuwendungsrecht sowie die Geschäftsstelle Bezirke sind dafür kompetente Ansprechpartner.

- Unsere Broschüre *Entbürokratisierung der Zuwendungspraxis* gibt Handlungsempfehlungen für ein wirkungsorientiertes Zuwendungssystem.
- Umfängliche Darstellung zu Gemeinkosten durch die Liga der Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege

- Qualifizierung des Fachpersonals über die Servicestelle Zuwendungsrecht im Paritätischen Berlin
- Fachliche Weiterbildungsangebote der Paritätischen Akademie
- Fachgruppen zur Netzwerkarbeit und zum gegenseitigen fachlichen Austausch

! WAS FORDERN WIR?

- Längerfristige Projektförderung (zum Beispiel angepasst an den Berliner Doppelhaushalt) für mehr Planungssicherheit
- Zeitnahe Anpassung der Zuwendungen an Tarifabschlüsse im öffentlichen Dienst
- Gleiche Bezahlung von Fachkräften der sozialen Arbeit auf Landes- und Bezirksebene

- Abbau der Bürokratie im Zuwendungsrecht nach dem Motto „größtmögliche Autonomie bei nur notwendiger Bürokratie“ im Sinne des Subsidiaritätsprinzips
- Einfache, transparente Förderverfahren
- Eine Mindestpauschale für Gemeinkosten von zwölf Prozent für Verwaltung von Projekten für die grundlegende Infrastruktur

- Finanzielle Unterstützung der Aus- und Weiterbildung für Berufe in der Sozialwirtschaft
- Förderung fachverbandlicher Beratung, damit Qualität und fachliche Expertise in der sozialen Arbeit gesichert werden
- Verbindliche und langfristig angelegte Förderzusagen für Planungssicherheit, Fachkräftebindung und zur nachhaltigen Projektentwicklung

• KONTAKT

Vereinfachung der Zuwendungspraxis

Anika Göbel
Telefon: 030 860 01-615
goebel@paritaet-berlin.de

Bettina Lange
Telefon: 030 860 01-124
lange@paritaet-berlin.de



Herausgeber

Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband
Landesverband Berlin e.V.
Brandenburgische Straße 80
10713 Berlin
Telefon: 030 860 01-0
Fax: 030 860 01-110
info@paritaet-berlin.de
paritaet-berlin.de
 ParitaetBerlin

Vorsitzende

Prof. Barbara John

Geschäftsführung

Dr. Gabriele Schlimper, Geschäftsführerin
Martin Hoyer, Stellvertretender Geschäftsführer

Redaktion

Nina Peretz, Rita Schmid

Gestaltung

Ralf Mischnick

Druck

Union Sozialer Einrichtungen gGmbH

Auflage

2000 Stück

Berlin, Oktober 2021

Fotoquellen

- › Christian El Massri (Titelfoto)
Mierendorff-Grundschule, Schulische Betreuung von Lebenswelt e.V.
- › Boaz Arad (Seite 3)
- › Kathrin Zauter (Seite 8)
Banner an der Landesgeschäftsstelle des Paritätischen Berlin
- › Holger Groß (Seite 10)
- › Anja Wotzlaw (Seite 11)
Verteilung Corona-Hilfsmittel
- › Alaa Hassan, S27 – Kunst und Bildung (Seite 14)
Clan B – Jugendprojekt der Schlesischen 27
- › Sibylle Baier (Seite 20)
JFE Düppel, Pestalozzi-Schule – Träger Tandem BTL
- › Markus Theisen, MOB e.V. (Seite 38 & 39)
- › Christiane Weidner (Seite 40)
Demo Bundesteilhabegesetz
- › Martin Thoma (Seite 42)
Wohnheim für Menschen mit geistiger Behinderung Joachim-Fahl-Haus des Unionhilfswerk
- › Steve Buissinne, Pixabay (Seite 43)
- › Tanja Schnitzler (Seite 48)
Beratungsstelle der Opferhilfe Berlin e.V.

#berlinbleibtsozial



Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband
Landesverband Berlin e. V.
Brandenburgische Straße 80
10713 Berlin

Telefon: 030 860 01-0

Fax: 030 860 01-110

E-Mail: info@paritaet-berlin.de

    ParitaetBerlin

paritaet-berlin.de